

Research.Table

Politikberatung, quo vadis?

Wie sich wissenschaftliche Politikberatung weiterentwickeln könnte

Zehn Analysen mit Statements von Bärbel Bas, Helge Braun, Christine Falk, Kai Gehring, Veronika Grimm, Armin Grunwald, Caspar Hirschi, Andreas Knie, Roger Pielke, Regina Riphahn u.a.



Table.Media Professional Briefings **Herausgegeben** von Antje Sirleschtov und Sebastian Turner; **Chefredaktion** Michael Bröcker (v.i.S.v. § 18 Abs. 2 MStV), Dr. Helene Bubrowski (Stv.); **Geschäftsführender Redakteur** Fabian Löhe

Table Media GmbH · Wöhlertstraße 12-13 · 10115 Berlin · Deutschland, Telefon +49 30 30 809 520, Amtsgericht Charlottenburg HRB 212399B, USt.-ID DE815849087; **Geschäftsführer** Jochen Beutgen; Simon Kretschmer

Fragen zu redaktionellen Inhalten: chefredaktion@table.media Kundenservice: service@table.media

Wir nutzen Bildmaterial von David Ausserhofer, IMAGO/Arnulf Hettrich, IMAGO/Jürgen Heinrich, IMAGO/photothek, IMAGO/teutopress, IMAGO/Rainer Unkel, IMAGO/Zuma Wire, Privat, Schweizerischer Nationalfonds/Anne-Gabriel Jürgens, Tobias Koche

Jetzt kostenlos und unverbindlich testen: <https://table.media/>

Serie „Politikberatung, quo vadis?“

Lieber Leserin, lieber Leser,

die Corona-Pandemie hat es allzu deutlich gemacht, Herausforderungen etwa wie der Klimawandel zeigen, wie wichtig fundierte wissenschaftsbasierte Politikberatung ist. Zugleich steht der Austausch zwischen Politik und Wissenschaft in der Kritik: Etablierten Beratungsgremien wird in akuten Krisen mangelnde Agilität angekreidet. Einzelnen Wissenschaftlern wird vorgeworfen, entweder zu viel oder zu wenig Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Noch dazu sind die zahlreichen themenspezifischen Expertengremien schwer zu überblicken, zudem ist meist intransparent, was die Kriterien für die Auswahl der Mitglieder sind.

Es gibt also Verbesserungsbedarf. Mit unserer Serie „Politikberatung, quo vadis?“ haben wir gefragt, wie sich die Strukturen so gestalten ließen, dass die wissenschaftliche Beratung unabhängig, transparent und verlässlich wird. Außerdem: Wie kann sie breit legitimiert und bei Bedarf auch schnell über Zusammenhänge informieren, Handlungsoptionen unterbreiten und auf Krisen vorbereiten?

Wir haben mit führenden Akteuren in Wissenschaft und Politik gesprochen und uns die theoretischen Konzepte sowie Beispiele in anderen Ländern angesehen. Seit dem Start der Serie im Juli 2023 sind viele wichtige Vorschläge und Kritikpunkte zusammengekommen. In diesem Reader haben wir die ersten zehn Teile der Serie für Sie gebündelt. Abgeschlossen ist das Thema damit noch nicht. Wir verfolgen es weiter – und freuen uns dafür auch auf Ihre Anregungen, einfach an research@table.media.

Wir danken allen Gesprächspartnern, dass Sie mit uns diese Bestandsaufnahme gemacht und sich die Zeit genommen haben, Verbesserungsvorschläge zu entwickeln und deren Praktikabilität zu diskutieren.

Wir wünschen Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre,

Nicola Kuhrt

Redaktionsleitung Research. Table

Inhaltsverzeichnis

So läuft wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland

Die Anzahl der Gremien und Institutionen, die die Bundesregierung aus wissenschaftlicher Sicht beraten, ist groß und divers. Eine Bestandsaufnahme.....5

Beratende Wissenschaftler zwischen Idealtypus und Realität

Der ehrliche Makler gilt in der wissenschaftlichen Politikberatung als Goldstandard. Allerdings gibt es auch in diesem Feld Interessen und Beeinflussung.....8

Was Politiker sich von Beratern aus der Wissenschaft wünschen

Die Perspektive der politischen Entscheider mit Statements von Bärbel Bas (SPD), Annette Schavan (CDU), Kai Gehring (Grüne) und Clemens Hoch (SPD)11

Die Politikberatung verbessern: Das sind die Vorschläge der Wissenschaft

Die Perspektive der Forscher mit Statements von Veronika Grimm, Christine Falk, Stefan Huster und Dirk Brockmann.....14

Wissenschaftliche Politikberatung in den USA

Das US-System ist auf institutioneller Ebene stärker zentralisiert als das deutsche. Auf informeller Ebene ist die Durchlässigkeit zwischen Beratung und Politik größer.....17

Politikberatung in Großbritannien: Die Chief Scientific Advisers und Sage

In UK ist die wissenschaftliche Politikberatung zentralisierter und formalisierter als in Deutschland. Berater sind stärker in Regierungsentscheidungen eingebunden.....20

Ein digitales Repositorium für Politikberatungsdokumente

Für Gutachten und andere Papiere aus der wissenschaftlichen Politikberatung gibt es keine zentrale Sammelstelle. Das soll sich mit dem Projekt Repod ändern.....23

Politikberatung: Experten gesucht

Die Experten-Auswahl ist eine wichtige und viel diskutierte Frage. Denn sie kann zu Verzerrungen oder blinden Flecken in den Ergebnissen führen26

Politikberatung mit Partizipation: Ist Co-Production überfällig oder utopisch?

Für moderne wissenschaftliche Politikberatung ist die Interaktion mit gesellschaftlichen Akteuren wichtig, sagt der Berliner Politologe Andreas Knie.....29

Helge Braun: „Politik hat die Aufgabe, sich nach vertrauenswürdigen Institutionen zu richten“

Der ehemalige Kanzleramtschef schlägt vor, Aufgaben und Strukturen in der wissenschaftlichen Politikberatung klar zu benennen.....32

Die in diesem Reader dokumentierten Beiträge sind zwischen Juli und November 2023 im Research Table erschienen. Online sind sie hier zu finden: [Politikberatung, quo vadis?](#)

ANHANG

Caspar Hirschi: „Die wissenschaftliche Politikberatung hat an Renommee gewonnen“

Lange Zeit galt Politikberatung eher als Betätigungsfeld für Wissenschaftler, die nicht mehr wussten, was sie in der Forschung Gutes leisten konnten, sagt der Schweizer Historiker.....35

Politikberatung, quo vadis? Die Statements aus der Wissenschaft

Was Veronika Grimm, Christine Falk, Stefan Huster und Dirk Brockmann kritisieren, und war ihre Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung sind. Die Statements in voller Länge39

Roger Pielke: „Möglichkeiten für Dissens und Widerspruch institutionalisieren“ Interview mit US-Forscher Roger Pielke Jr., der mit seiner Theorie vom „Honest Broker“ die

Politikberatung in Theorie und Praxis maßgeblich geprägt hat.....46

Helge Braun: „Politik muss sich auf Wissenschaft einlassen. Sie darf sie nicht instrumentalisieren“

Das komplette Interview mit dem ehemaligen Kanzleramtschef dafür, dass die Bundesregierung Standards für Expertengremien, -kommissionen und -räte definiert.....51

Table.Media – for better informed decisions.....55

Research Table Professional Briefing.....55

So läuft wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland

Die Anzahl der Gremien und Institutionen, die die Bundesregierung aus wissenschaftlicher Sicht beraten, ist groß und divers. Eine Bestandsaufnahme zum Auftakt der Research.Table-Serie über wissenschaftliche Politikberatung.

In der Szene der wissenschaftlichen Politikberatung tummeln sich viele Akteure, ihre Zuständigkeiten sind unscharf bis unklar. Das räumen selbst Insider ein. Aus der Außenperspektive ist die Diagnose ähnlich: Das Feld sei in Deutschland besonders unübersichtlich, sagt der Schweizer Historiker **Caspar Hirschi**, der das hiesige Geschehen intensiv verfolgt, [im Gespräch mit Table.Media](#). „Es gibt eine **enorme Vielfalt an Beratungsgremien und Beratungsstrukturen**. Zusätzlich verkomplizierend wirkt der Föderalismus mit einem exklusiven Beratungssystem für den Bund und einer Vielzahl für die Länder.“ Dies führe zu heftiger **Beratungskonkurrenz**.

Die wichtigsten Akteursgruppen sind bekannt. Das sind die Fakten:

- **Akademien:** Als die Leopoldina 2008 zur Nationalen Akademie der Wissenschaften ernannt wurde, übernahm sie laut Satzung auch die Aufgabe, sich in die wissenschaftsbasierte Beratung von Politik und Öffentlichkeit einzubringen. Sie agiert unabhängig, die Themen ihrer Stellungnahmen legt sie selbst fest. Einige entstehen zusammen mit anderen Institutionen, etwa acatech, Akademienunion oder DFG.
- **Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen:** Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Max-Planck-Gesellschaft (MPG), Leibniz-Gemeinschaft und Fraunhofer-Gesellschaft haben ihre Kanäle in die Politik und eigene Zuständigkeiten für Politikberatung in ihren Berliner Büros. Sie setzen Themen und werden zum Beispiel zurate gezogen, wenn es um die Besetzung von Expertengremien oder Beiräten geht und wenn zu bestimmten Fragen Expertise gefragt ist. Die HGF ist deutlich größer als die drei anderen Organisationen und erhält vom Bund mit 90 Prozent einen besonders hohen Grundmittelanteil. „Durch diese Konstruktion sind wir der Bundespolitik besonders nah. Wir tauschen uns mit Ministerien und Mitgliedern des Parlaments aus und pflegen in diversen Formaten regelmäßige Beziehungen“, sagt **Effrosyni Chelioti**, Director External Affairs bei der Helmholtz-Gemeinschaft. Als Beispiele nennt sie Forschungsfrühstücke, parlamentarische Abende, Jours fixes sowie regelmäßige Gespräche des HGF-Präsidenten mit der Forschungsministerin.
- **Universitäten:** Über 400 Hochschulen gibt es in Deutschland, darunter 108 Universitäten. Sie sind vor allem durch ihre Forscherpersönlichkeiten stark in der wissenschaftlichen Politikberatung engagiert.
- **Ressortforschungseinrichtungen:** Die mehr als 40 Bundeseinrichtungen mit Forschungsaufgaben sind so etwas wie die graue Eminenz der wissenschaftlichen Politikberatung. Allgemein bekannt sind nur wenige, etwa das Robert-Koch-Institut. Der Schweizer Experte Hirschi sieht sie als deutsche Besonderheit: „Sie sind vergleichsweise

stark; sie genießen einen privilegierten Zugang zu den Ministerien, sind dafür aber weniger unabhängig.“

- **Räte und Kommissionen:** Zu den von der Politik dauerhaft eingerichteten wissenschaftlichen Beratungsgremien gehören Räte oder Beiräte wie die Wirtschaftsweisen und der Rat für Nachhaltige Entwicklung. Zeitlich begrenzt sind die von der Politik einberufenen **Expertenkommissionen**, die für die Bearbeitung einer konkreten Fragestellung einberufen werden, etwa für die Krankenhausreform. Wie die Auswahl der Expertinnen und Experten erfolgt, bleibt meist im Dunkeln. Und zur Zahl all dieser Gremien gibt es nur Schätzungen. Auf rund 300 Beiräte und Sachverständigenräte kamen die Autorinnen eines [Überblicksartikels](#) im Jahr 2010. „Die Zahl ist seither gewiss nicht gesunken“, sagt **Nataliia Sokolovska**, die Leiterin des Forschungsprogramms Wissen und Gesellschaft am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG) in Berlin. Systematisch erfasst seien die Gremien nirgendwo.
- **Think Tanks:** Sie haben ihre Vorbilder in den USA, vermitteln Wissen als inhaltliche Grundlagen für politische Entscheidungen und wirken als Ideengeber, Berater und Multiplikator. Einer [Analyse des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages](#) aus dem Jahr 2021 zufolge gibt es in Deutschland etwa 218 Think Tanks. Agora und Adelphi zählen ebenso dazu wie Progressives Zentrum, Bertelsmann-Stiftung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Konrad-Adenauer-Stiftung und Öko-Institut. Die einen sind akademisch ausgerichtet, die anderen advokatisch, der Übergang zum Lobbyismus ist fließend.

Initiativen zur Experten-Ausbildung

6

Durch die Krisenkaskaden hat wissenschaftliche Politikberatung **an Renommee gewonnen**, sagt Historiker Hirschi. „Lange Zeit galt sie eher als Betätigungsfeld für Leute, die nicht mehr wussten, was sie in der Forschung Gutes leisten konnten.“ Dabei seien die Aufgaben sehr anspruchsvoll und spezifisch. Bisher jedoch gebe es keine Ausbildungsgänge in Expertise. **„Erste Weiterbildungsangebote für Forschende in wissenschaftlicher Politikberatung werden aufgebaut“**, sagt Hirschi. In der Schweiz etwa das Franxini-Projekt und das Science-Policy-Interface der ETH Zürich.

„Der Bedarf für wissenschaftliche Expertise ist stärker denn je“, sagt Chelioti. Die Helmholtz-Gemeinschaft und ihre 18 Zentren förderten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Expertise für und Interesse an Politikberatung haben. Auch in der Helmholtz-Akademie für Führungskräfte sei Politikberatung ein wichtiges Thema. „Wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland ist dabei, sich in ihren Strukturen und Zugängen stetig weiter zu professionalisieren“, bestätigt **Christian Kobsda**, der das Berliner Büro der MPG leitet. Ihn freut es, dass sich Wissenschaftler auch schon in frühen Karrierephasen produktiv in den Dialog einbringen.

Übergreifende Qualitätsstandards fehlen

Fast alle, die sich mit wissenschaftlicher Politikberatung befassen, wünschen sich besseren Überblick. „Dadurch, dass die Beratung so dezentralisiert ist, ist es auch sehr mühsam, sich zu einzelnen Themen einen **Überblick über das Spektrum der Stellungnahmen und Policy Paper** zu verschaffen“, sagt Nataliia Sokolovska. Was sie ebenfalls vermisst, sind **übergreifende**

Qualitätsstandards – etwa zur transparenten Kommunikation von Unsicherheiten oder zum unterschiedlichen Umgang mit begutachteten und nicht-begutachteten Studien.“

Hirschi zufolge wäre schon viel gewonnen, sich auf Verfahren zu einigen, mit denen man zu Beginn einer akuten Krise Expertengremien einsetzt. Wenn selbst involvierte Personen die Beratungslandschaft nicht mehr überblicken, komme es zum „**Ad-hoc-Ismus**“, warnt er. „Man greift zum Telefon, ruft die Leute an, die einem als Erstes in den Sinn kommen, und improvisiert einen Rat oder eine Taskforce zusammen.“ *Anne Brüning*

Das ausführliche Gespräch mit Caspar Hirschi finden Sie [hier](#).

Weitere Informationen:

Das [Franxini-Projekt](#) in der Schweiz

Beitrag in [Elephant in the Lab](#) über Internationale Strukturen der Politikberatung

Beratende Wissenschaftler zwischen Idealtypus und Realität

Der ehrliche Makler gilt in der wissenschaftlichen Politikberatung als Goldstandard. Allerdings gibt es auch in diesem Feld Interessen und Beeinflussung. Und das weitgehend unbeobachtet, denn es mangelt an Transparenz. Die Forschung beschreibt, wie Politikberatung idealerweise aussehen sollte.

Welche Konzepte beschreibt die Forschung für die wissenschaftliche Politikberatung? Nach welchen Leitlinien arbeiten Akademien und Forschungseinrichtungen? Um diese Fragen geht es im zweiten Teil unserer Serie „Politikberatung, quo vadis?“.

Roger Pielke ist im Bereich der Forschung zur wissenschaftlichen Politikberatung wohl der meistzitierte Wissenschaftler. [Er beschrieb 2007](#) verschiedene **Typen von Wissenschaftlern**:

- Der **reine Wissenschaftler (Pure Scientist)** ist der Wissenschaftler im „Elfenbeinturm“
- Auch der **Wissenschafts-Schiedsrichter (Science Arbiter)** trennt strikt zwischen Wissenschaft und Politik. Er versucht jedoch politisch relevante Fragen zu beantworten, reduziert diese dann auf ihren wissenschaftlichen Kern.
- Der **Anwalt in einer bestimmten Angelegenheit (Issue Advocate)** hat an ausgewählten Themen ein besonderes Interesse und wird zum Verbündeten von politischen Gruppen.
- Der **ehrenhafte Vermittler (Honest Broker)** versucht Wissenschaft mit Politik zu verbinden, er wird aber nicht parteiisch.

8

Das RIU-Modell skizziert eine wechselseitige Perspektive

Das von dem Politologen **Michael Böcher** und dem Forstwissenschaftler **Max Krott** entwickelte RIU-Modell (Research – Integration – Utilization) stellt eine Weiterentwicklung dar und hat eine **prozesshaftere Perspektive**. Im klassischen technokratischen Modell bietet die Wissenschaft auf Nachfrage der Politik eine Lösung. Diese kann die Politik direkt übernehmen. In diesem Modell führt ein Mehr an Beratung zu einer besseren Politik.

Im RIU-Modell ist wissenschaftliche Politikberatung dagegen ein wechselseitiger Prozess. In dessen Zentrum steht die Integration. Hier treffen politische und wissenschaftliche Ansprüche stetig aufeinander. **Der Integrationsprozess garantiert am Ende, dass es keine rein wissenschaftlichen Lösungen gibt**, sondern diese auch immer die politische Komponente im Blick haben. Dabei ist auch klar, dass Politiker oft nur die Lösungen wählen, die zu ihren Interessen passen und manchen wissenschaftlichen Rat völlig ignorieren.

Akademien ziehen Anregungen aus den Theorien

Erfolgreiche wissenschaftliche Politikberatung integriert beide Logiken. [Böcher](#) zufolge macht die Trennung zwischen wissenschaftlichen und politischen Argumenten in der Integration die **Verantwortlichkeiten von Wissenschaft und Politik** sichtbar. Er betont, dass in einer Demokratie „nur die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Bürger, nicht jedoch die Wissenschaft, politische Entscheidungen treffen“ dürfen.

In den **Leitlinien und Thesen der deutschen Akademien** werden verschiedene Anregungen aus den theoretischen Konzepten aufgenommen:

- Die [Leitlinien der BBAW](#), die 2008 von einer Arbeitsgruppe um den Soziologen **Peter Weingart** vorgelegt wurden, adressieren wichtige Themen wie die Legitimität des Auftrags, die Auswahl der Experten und die Unabhängigkeit eingesetzter Gremien.
- Die aktuellen [Leitlinien von acatech](#) orientieren sich stark an den Leitlinien der BBAW.
- Leopoldina und Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) haben in diesem Jahr gemeinsam die [Wiener Thesen](#) vorgelegt. Dort wird **die Rolle als Honest Broker** betont, aber auch ein großer Fokus auf die Transparenz über Konflikte und über den Prozess der Beratung gelegt. In der **Leopoldina** existieren darüber hinaus Papiere wie [„Von der Idee zur Stellungnahme“](#) (2014) oder ein [Leitfaden für die Erarbeitung von Stellungnahmen zur Politik- und Gesellschaftsberatung](#).

Machtpolitik und spezifische Interessen statt Honest Broker

Regina Riphahn, Vizepräsidentin der Leopoldina, sieht die Nationalakademie weder epistokratisch ausgerichtet, noch agiere sie als Honest Broker. Die Leopoldina zeige wissenschaftliche Fakten und Handlungsoptionen auf, entscheiden müsse die demokratisch legitimierte Politik. Gespräche mit anderen Verantwortlichen in den Akademien oder Wissenschaftsorganisationen zeigen, dass dort die meisten dem Idealbild des Honest Broker entsprechen wollen.

Kenner des Feldes beobachten jedoch immer wieder, dass auch spezifische **Interessen oder machtpolitische Erwägungen im Spiel sind**. Einige Akteure hätten sich zu sehr „im Glanze der Macht gesonnt“, berichtet ein Vertreter der Szene. Man sei „stolz darauf gewesen, besonders regierungsnah“ zu sein. Besonders evident sei dies in manchen Stellungnahmen der Leopoldina zur Pandemiepolitik gewesen.

Auswahl der Experten ist ein umstrittenes Thema

Teils sind die Ergebnisse bereits durch die Zusammensetzung der Expertengremien verzerrt. **Armin Grunwald**, Leiter des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) stellt beispielsweise fest, dass **Wirtschaftsinteressen** sehr wohl – und nicht nur bei acatech – eine Rolle spielen. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Perspektiven würden hingegen nur selten eingebunden. Dies sei beim TAB anders.

Generell ist die Auswahl der Experten ein umstrittenes Thema. In den Wiener Thesen stellen die Leopoldina und die ÖAW fest, dass nur die Akademien wirkliche wissenschaftliche Expertise erkennen könnten. **Christoph Marksches**, Präsident der BBAW, wünscht sich auch Selbstkritik der Akademien. Natürlich sollten die Akademien die beste Expertise vereinen. Aber der Zuwahlprozess müsse zu diesem Zweck immer wieder evaluiert werden, denn man habe gesehen, dass in der Vergangenheit nicht immer alle notwendige Expertise berücksichtigt worden sei.

Mehr Transparenz und Krisenreaktionsfähigkeit gefordert

Grunwald wünscht sich vor allen Dingen eine **höhere Transparenz bezüglich der Prozesse**. Abseits prominenter Stellungnahmen durch die Leopoldina und einige Kommissionen geschehe vieles im Verborgenen. Hier brauche es eine **bessere Kommunikation über die Strukturen und Prozesse** wissenschaftlicher Politikberatung. Immerhin, bei acatech wird intern über das Thema wohl immer wieder diskutiert und reflektiert.

Und auch mit der Politik diskutiere man über die Herangehensweisen in der Politikberatung. Eine öffentliche Diskussion über dieses Thema findet allerdings kaum statt.

Christoph Marksches wünscht sich hingegen einen **Kulturwandel** in dem gewachsenen Feld hin zu einer **größeren Krisenreaktionsfähigkeit**. Es brauche einen **Professionalisierungsschub**, dessen Anfänge auch bereits zu beobachten seien.

Konzentrationsprozesse und höhere Spezialisierung wahrscheinlich

In der weiteren Entwicklung werde es wohl **Konzentrationsprozesse** sowie eine **höhere Spezialisierung** geben. So wie sich die BBAW unter anderem auf die Beobachtung des Wissenschaftssystems konzentriere, werde es entsprechende Organisationen geben, die Expertise in einem Fachgebiet langfristig aufbauen. Es gelte dann in einer Krise schnell auf dieses Wissen zugreifen zu können. *Markus Weisskopf*

Weitere Informationen:

10

Leopoldina und ÖAW: [Wiener Thesen](#) zur wissenschaftsbasierten Beratung von Politik und Gesellschaft

Leopoldina: [Diskussionspapier](#) „Nutzen von wissenschaftlicher Evidenz“

Forschung & Lehre: [Schwerpunktausgabe](#) zur Politikberatung

Pielke, R.A. Jr.: [The Honest Broker](#). Making Sense of Science in Policy and Politics

Michael Böcher: Publikation über das [RIU-Modell](#)

Was Politiker sich von Beratern aus der Wissenschaft wünschen



Erwarten von der Wissenschaft Unterstützung für politische Entscheidungen: Bärbel Bas, Kai Gehring, Annette Schavan und Clemens Hoch.

Der dritte Teil der Serie zur wissenschaftlichen Politikberatung beleuchtet das Feld aus der Perspektive der politischen Entscheider. Table.Media hat Politikerinnen und Politiker verschiedener Parteien und Ebenen über ihre Vorstellungen befragt.

11

In der Politik gilt es, Entscheidungen unter Unsicherheit zu treffen. Dabei spielen nicht nur die wissenschaftlichen Fakten eine Rolle, sondern zum Beispiel auch Wertvorstellungen. Das ist den Polit-Praktikern klar, wie die Gesamtschau der Statements von **Bärbel Bas** (SPD), **Annette Schavan** (CDU), **Kai Gehring** (Grüne) und **Clemens Hoch** (SPD) für Table.Media zeigt. Die Antworten machen zugleich deutlich: Angesichts multipler Krisen hat Rat aus der Wissenschaft zunehmendes Gewicht.

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas fordert Transparenz

„Die Corona-Pandemie oder der Klimawandel haben verdeutlicht, wie wichtig für die Politik der Wissenstransfer und die **Entscheidungsunterstützung auf Basis des aktuellen Forschungsstandes** ist“, sagt Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD). Sie verweist auch auf ihre Zeit als stellvertretende Fraktionsvorsitzende für Gesundheit, Bildung & Forschung und Petitionen.

Aus ihrer Sicht muss eine gute wissenschaftliche Politikberatung:

- auf dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik **möglichst objektiv** sein
- auf **breiter Basis Fachkompetenz einbeziehen** und **konkrete Handlungsoptionen** bieten
- den politischen Akteuren möglichst alle **Auswirkungen von politischen Vorhaben** aufzeigen, vor allem auch mit Blick auf die praktische Umsetzbarkeit

Bas betont: „Politikberatung ist nur dann wirklich gut, wenn ihr Beitrag an der Entscheidungsfindung transparent nachvollzogen werden kann. **Die Politik muss transparent deutlich machen, worauf ihre Entscheidungen beruhen.**“

Ex-Forschungsministerin Annette Schavan betont die internationale Ausrichtung

Von 2005 bis 2013 war Annette Schavan (CDU) Bundesministerin für Bildung und Forschung, dann trat sie wegen der Aberkennung ihres Doktorgrads zurück. In ihre Amtszeit fiel die Entscheidung, die Leopoldina 2008 zur Nationalen Akademie der Wissenschaften zu machen. Die Rolle solcher Institutionen schätzt sie nach wie vor: „Die **Nationalen Akademien sind heute der Schlüssel für den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft** zu den zahlreichen global bedeutsamen politischen Fragen“, sagt sie.

Politikberatung werde von vielen Einrichtungen angeboten, sagt Schavan. „**Die Versuchung ist, sich an solche Experten zu wenden, die die eigene Position stärken und dafür Argumente liefern.**“

Gute Politikberatung, die den Anspruch hat, wissenschaftsbasiert zu sein, sollte ihrer Ansicht nach:

- **international** ausgerichtet sein
- eine **überzeugende Kultur der Beratung** entwickelt haben, die auch jenseits konkreter Anfragen initiativ wird
- **transparent** mit Quellen und Gründen für Abwägungen umgehen – auch mit unterschiedlichen Positionen in der Wissenschaft
- **Veränderungen bei Positionen aufgrund neuer Erkenntnisse vermitteln können** – vor allem in die Öffentlichkeit hinein

12

Forschungspolitiker Kai Gehring sähe gerne mehr Wissenschaftskompetenz

„Wirksame Zukunftsgestaltung gelingt nur mit einer evidenz- und faktenbasierten Politik“, sagt Kai Gehring (Grüne), Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Angesichts der derzeitigen multiplen Krisen und Unsicherheiten sei die Politik wie nie zuvor auf sehr gute und verlässliche wissenschaftliche Politikberatung angewiesen. „**Wissenschaft ist der Kompass, der uns durch die aktuellen Krisen navigieren kann**“, sagt Gehring.

Aus seiner Sicht sollte gute wissenschaftliche Politikberatung:

- **interdisziplinär** angelegt sein und die Vielfalt wissenschaftlicher Perspektiven widerspiegeln
- **unabhängig** und auf der Basis von hohen wissenschaftlichen Standards arbeiten
- der Politik Orientierungswissen bieten, Chancen und Risiken abwägen und über Handlungsszenarien und -optionen informieren
- agil sein, um auf **kurzfristige Beratungsbedarfe** reagieren zu können

Als gelungenes Beispiel nennt Gehring den **Corona-Expertenrat**, der zwischen Dezember 2021 und April 2023 regelmäßig tagte. „Es sollte darüber nachgedacht werden, **ähnliche interdisziplinäre Gremien** bestehend aus herausragenden Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftlern zu den großen Herausforderungen unserer Zeit einzusetzen, vor allem zur Klimakatastrophe und ihren Konsequenzen.“

Doch er nimmt auch die Politik in die Pflicht: Auf Seiten der Entscheiderinnen und Entscheider brauche es ein Grundwissen über die Funktions- und Arbeitsweisen der Wissenschaft. „Diese **Wissenschaftskompetenz** sollte stärker verbreitet und gefördert werden.“ Und er betont die Bedeutung von **Wissenschaftskommunikation**: „Evidenzbasierte Politik kann nur erfolgreich sein, wenn Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft miteinander im Dialog stehen.“

Der rheinland-pfälzische Wissenschaftsminister Clemens Hoch wünscht sich ständigen Austausch

Clemens Hoch (SPD), Minister für Wissenschaft und Gesundheit in Rheinland-Pfalz, betont, aktuelle und künftige Herausforderungen wie der Klimawandel, eine alternde Gesellschaft oder das Aufkommen neuer Technologien im Bereich KI seien so komplex, dass wissenschaftliche Expertise unerlässlich sei. „Bei all diesen Themen ist es wichtig, dass **Politik und Wissenschaft in einem ständigen Austausch bleiben** und ihre unterschiedlichen Logiken, disziplinären Perspektiven und Einsichten insbesondere in Krisenzeiten miteinander vereinbaren. Ich denke, nur dann kann man den zu lösenden Problemen, Veränderungsprozessen und den Menschen gerecht werden“, sagt Hoch.

Zu einer guten und vor allem hilfreichen Politikberatung gehört für ihn:

- unter hohem Zeit- und Handlungsdruck fundierte, gut begründete und ausgewogene Hintergrundinformationen adressatengerecht bereitgestellt zu bekommen
- **Funktionsweisen von Wissenschaft** zu erklären, Widersprüche zu erläutern und Grenzen der Erkenntnis transparent zu machen
- angemessene **Interdisziplinarität und Diversität**

An den unterschiedlichen Formen – zum einen in fest institutionalisierten Gremien, zum anderen in mehr oder weniger informelle Beratungen – möchte Hoch festhalten. „Dieses bereits etablierte Vorgehen halte ich für außerordentlich wichtig, um verantwortungsbewusst gesamtgesellschaftliche Entscheidungen treffen zu können. **Denn am Ende des Tages gilt: Die Wissenschaft liefert die Grundlagen, aber die Politik muss entscheiden.**“ *Anne Brüning und Nicola Kuhrt*

Die Politikberatung verbessern: Das sind die Vorschläge der Wissenschaft



Christine Falk, Stefan Huster, Veronika Grimm und Dirk Brockmann haben unterschiedliche Verbesserungsvorschläge für die Politikberatung. Mehr Übersichtlichkeit wünschen sich alle vier.

Im vierten Teil der Serie „Politikberatung, quo vadis?“ geht es um die Perspektive der Forscherinnen und Forscher, die in der Politikberatung tätig sind. Sie sehen in vielen Bereichen Verbesserungsbedarf und wünschen sich vor allem klarere Strukturen und bessere Ressourcen.

14

Der Wunsch nach mehr Übersichtlichkeit in der wissenschaftlichen Politikberatung eint die von Table.Media befragten Expertinnen und Experten. Die Wirtschaftswissenschaftlerin **Veronika Grimm**, die Immunologin **Christine Falk**, der Rechtswissenschaftler **Stefan Huster** und der Physiker **Dirk Brockmann** haben Verbesserungsvorschläge.

Strukturreform: weniger Gremien, diese aber besser ausstatten

Die wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland sei nicht gut strukturiert, sagt Christine Falk, Direktorin des Instituts für Transplantationsimmunologie an der Medizinischen Hochschule Hannover und Mitglied des inzwischen aufgelösten Corona-Expertenrats der Bundesregierung. „In der Corona-Pandemie lief sie häufig parallel, was den Eindruck der Beliebigkeit erweckte. **Für die Öffentlichkeit war es schwer nachzuvollziehen, welche Runden es gab, wie sie besetzt waren und wie die Auswahl erfolgte.**“

Auch Veronika Grimm, Professorin an der Universität Erlangen-Nürnberg, die seit 2020 Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist, sieht Herausforderungen durch die Vielfalt. „Wenn man lange und selektiv genug sucht, findet man für alles eine wissenschaftliche Begründung. Und **es besteht die Gefahr, dass Politiker und Öffentlichkeit den Überblick verlieren und keine Richtung mehr heraushören.**“

- Grimm hält es für bedenkenswert, sich auf eine **überschaubare Zahl von Gremien zu beschränken, diese aber sehr gut mit wissenschaftlichem Personal auszustatten.** Die

Frage sei jedoch, ob es überhaupt im Interesse der Politik ist, sich starke, unabhängige Gremien zur Seite zu stellen.

Expertenauswahl mit System

Mehr Bedacht bei der Auswahl der Forschenden für Beratungsgremien wünscht sich Stefan Huster, Direktor des Instituts für Sozial- und Gesundheitsrecht an der Universität Bochum und Mitglied der Leopoldina. **„Bei der Art und Weise der Zusammensetzung der Beratungsgremien herrscht ziemlicher Wildwuchs.“** Als Beispiel nennt er den Sachverständigenausschuss zur Evaluation des Infektionsschutzrechts, dessen Vorsitzender er war. Das Gremium sei zur Hälfte von der Regierung benannt worden und zur Hälfte vom Bundestag, der nach Fraktionsproporz vorging. **„Die fachliche Mischung wurde nicht koordiniert, was zu einer absurden Zusammensetzung geführt hat: Unter den 18 Mitgliedern waren sechs Juristen, aber kein einziger klassischer Epidemiologe.“**

- Eine **Formalisierung der Auswahl, etwa mithilfe der Fachgesellschaften**, hält er für überlegenswert. Zu bedenken sei jedoch: **„Es gibt äußerst schlaue, wissenschaftlich exzellent ausgewiesene Kollegen, die aber für Politikberatung total ungeeignet sind.“** Manche seien nicht pragmatisch genug oder sozial nicht kompatibel.

Expertise erkennen und naturwissenschaftliche Bildung stärken

In Deutschland werde zu wenig differenziert, wer wirklicher Experte auf dem jeweils gefragten Gebiet ist, moniert Dirk Brockmann, Komplexitätsforscher an der Berliner Humboldt-Universität und am Robert-Koch-Institut. Professoren würden **„als Experten gelabelt, obwohl sie gar nicht mehr im Saft stehen oder nie gut waren“**. Auch werde zu wenig auf junge Menschen gesetzt.

- Sowohl Medien als auch Politiker müssen sich mehr Mühe geben, zu **überprüfen, ob jemand wirklich gut ist auf seinem Gebiet**. Mit Suchmaschinen für wissenschaftliche Dokumente wie Google Scholar sei das gar nicht so schwer.
- Allgemein sei in Deutschland **besserer naturwissenschaftlicher Background** wichtig. **„In der Politik sind viele Juristen tätig, die von Physik oder Biologie das letzte Mal in der neunten Klasse etwas gehört haben. Sie sind stark entkoppelt von Wissenschaft.“** Das lasse sich nur bedingt mit der richtigen Kommunikation und Ansprache ausgleichen.

Kein Regierungs-Chefberater, sondern unabhängige Beratung

In Großbritannien haben Ministerien wissenschaftliche Chefberater, in vielen Ländern würden Vertreter von Wissenschaftsorganisationen an Ministerien entsendet und umgekehrt. Ein solches Modell wurde auch mal für Deutschland erwogen, dann jedoch verworfen. Die Argumentation war, dass eine **multilaterale Konstruktion der Politikberatung besser zu unserem föderalen System passt**. Veronika Grimm sieht weitere Gründe, die gegen wissenschaftliche Chefberatung der Regierung sprechen: Mehr Expertise in der Regierung zu haben, sei zwar gut. **„Aber es löst das Problem nicht. Denn die Wissenschaftler dort sind Teil der Regierung und erklären nach Außen natürlich das Regierungshandeln.“** Es gehe darum, unabhängige Beratung zu stärken.

Einen wissenschaftlichen Krisenstab entwerfen

Für die Bewältigung künftiger akuter Herausforderungen schlägt Christine Falk den Aufbau eines **Krisenstabs** vor, der die Auswahl der Experten sowie die inhaltlichen Schwerpunkte koordiniert. „Dafür brauchen wir gar keine neuen Strukturen“, sagt sie. Es gehe darum, die vorhandenen Strukturen besser zu verknüpfen.

- So könnten etwa **die Vorsitzenden der Fachgesellschaften direkt und permanent in Kontakt mit dem Bundeskanzleramt** stehen und in Krisen Untergruppen bilden, die im Schneeballeffekt die Expertise sondieren und rekrutieren. „Vor allem in Krisen muss man die relevanten Expertinnen und Experten gleich zusammentrommeln und dabei einigermaßen transparent und formalisiert vorgehen“, sagt Falk und verweist in diesen Zusammenhang auf die Idee eines Kollegen für einen [Voluntary Crisis Research Service](#).

Forschende schützen

Damit Forschende auch weiterhin bereit sind, Beratungsarbeit zu leisten, sei es wichtig, dass die Institutionen die Leute schützen, die sich in die Politikberatung und in die Öffentlichkeit trauen, sagt Christine Falk. „Es hat ein hohes Risikopotenzial, in die Schusslinie derjenigen zu geraten, die diese Demokratie sowieso nicht mehr unterstützen.“

- Sowohl die Politik als auch die Hochschulen sollten sich so klar vor die Wissenschaftler stellen, wie die Allianz für Wissenschaft das getan hat, sagt sie. „Damit hilft man nicht nur den handelnden Personen, sondern stärkt auch das Vertrauen in die Institutionen, das gerade in Krisenzeiten so wichtig ist.“

16

Den Verfechtern einfacher Lösungen Paroli bieten

Veronika Grimm sieht harte Arbeit auf die wissenschaftliche Politikberatung zukommen. „**Es ist eine entscheidende Herausforderung, den einfachen Parolen und Scheinlösungen, mit denen insbesondere die extremen Parteien winken, etwas entgegenzustellen.**“ Es gelte, ähnlich kompakt belastbare Alternativen darzustellen. „Das ist nicht einfach, denn die Welt ist eben nicht trivial.“ Dass es all die einfachen Lösungen eigentlich nicht gebe, sei den Leuten sehr schwer zu erklären. „Gleichzeitig wird es in **Krisenzeiten** immer reizvoller, die einfachen Lösungen anzubieten. Für Politiker, um gewählt zu werden und für Wissenschaftler, um besonders viel Aufmerksamkeit zu bekommen.“ *Anne Brüning*

Die ausführlichen Statements von Christine Falk, Veronika Grimm, Stefan Huster und Dirk Brockmann, in denen es unter anderem um Unabhängigkeit, Interdisziplinarität und die Politikberatungsarbeit mit minimalen Ressourcen geht, lesen Sie [hier](#).

Wissenschaftliche Politikberatung in den USA



Wissenschaftliche Politikberatung in den USA: Während einer Rede des US-Präsidenten Joe Biden steht Mediziner und Berater Anthony Fauci im Hintergrund.

Im fünften Teil der Serie „Politikberatung, quo vadis?“ geht es um Politikberatung in den USA. Im Vergleich mit Deutschland ist das US-System auf institutioneller Ebene stärker zentralisiert. Auf informeller Ebene zeichnet es sich durch eine höhere Durchlässigkeit zwischen Beratung und Politik aus.

17

In den USA ist die wissenschaftliche Politikberatung stark von Washington geprägt und **zentriert sich insbesondere um das Präsidentenamt**. Wichtige staatliche Beratungseinrichtungen sind die der deutschen Leopoldina ähnelnde National Academies of the Sciences, Engineering, and Medicine (**NASEM**) und das im Weißen Haus angesiedelte Office of Science and Technology Policy (**OSTP**). Dessen Hauptaufgabe ist es, den Präsidenten über relevante Entwicklungen im Bereich von Wissenschaft und Technologie zu beraten.

„Chief Science Advisor to the President“ und das OSTP

Der Chef des OSTP, der Science Advisor to the President, ist deutlich weniger einflussreich als es vielleicht zunächst den Anschein macht, betont **Roger Pielke** im Gespräch mit Table.Media. Der Professor an der University of Colorado Boulder ist beim Thema wissenschaftliche Politikberatung wohl der meistzitierte Wissenschaftler überhaupt. Als [Idealtypus des Beraters](#) hat Pielke den einflussreichen **Honest-Broker** beschrieben. Der **ehrenhafte Vermittler** versucht, Wissenschaft mit Politik zu verbinden, dabei aber nicht parteiisch zu werden.

Weil das OSTP nicht vom Präsidenten selbst, sondern 1976 per Gesetz vom Kongress etabliert wurde, sei dessen Chef im Unterschied zu vielen anderen Beratern des Präsidenten im Zweifel gesetzlich dazu verpflichtet, vor dem Kongress auszusagen. **Daher gehöre er selten zum inneren Beraterkreis des Präsidenten** und auch während der Corona-Pandemie wurde das OSTP von Ad-Hoc-Beratungsstrukturen wie der White House Coronavirus Taskforce in den Schatten gestellt. Letzterer gehörte etwa Gesundheitsexperte **Anthony Fauci** an.

Präsidential- und Zweiparteiensystem erschweren Vergleiche

Unabhängig davon, dass der Chef des OSTP dadurch in den USA strukturell marginalisiert wird, ist seine Funktion durchaus interessant, weil sie der wissenschaftlichen Politikberatung ein Gesicht gibt. Trotzdem kann sich **Martin Thunert**, Experte für Politikberatung an der Universität Heidelberg, **einen deutschen Chief Science Advisor** nur schwer vorstellen. In einem Mehrparteiensystem sei die Ansiedlung eines solchen Experten im Kanzleramt oder an einem spezifischen Ministerium nur schwer vorzustellen, sagte Thunert.

Minister aus anderen Parteien würden **möglicherweise mit Argwohn auf diese Person schauen** und ihre eigenen Kompetenzen aufbauen. Das würde die ressortübergreifende Tätigkeit eines Experten enorm erschweren, meint Martin Thunert. In Deutschland, wo durch die Ressortforschung bereits eine konkurrierende Beratungsstruktur etabliert ist und Exekutivmacht sowieso weniger zentralisiert ist, wäre gar nicht klar, wozu das Amt so eines wissenschaftlichen Chefberaters funktionell noch gut wäre.

Historische Unterschiede

Thunert gibt zu bedenken, dass diese aus dem Präsidential- und Zweiparteiensystem der USA erwachsenden Unterschiede sich auch aus historischen Konstellationen heraus entwickelt haben. Insgesamt sei die wissenschaftliche **Politikberatung in Deutschland schon immer dezentraler als in den USA**. Daraus folge zwar nicht, dass Deutschland zu einer „zerklüfteten“ Beratungsstruktur verdammt sei, es sei aber zu beachten, dass man „nationale oder regionale Spezifika nicht mit einer einzigen Reform wegwischen und in eine vorgeblich modernere Matrix übersetzen kann“.

18

Einrichtungen wie die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (gegründet 1700) oder die Leopoldina (gegründet 1652) seien deutlich älter als die 1863 gegründete US-amerikanische National Academy of Sciences (NAS). Zu beachten sei aber, dass die inzwischen in der NASEM eingegliederte NAS von Anfang an eine nationale Akademie war. In Deutschland existierte derweil **bis zur Erhebung der Leopoldina zur Nationalakademie im Jahr 2008** keine vergleichbare Einrichtung nach dem 2. Weltkrieg.

Drehtüren-Prinzip sorgt für engmaschigere Vernetzung

Ein weiterer, eher informeller Unterschied zwischen Deutschland und den USA ist die Selbstverständlichkeit, mit der in den Vereinigten Staaten ein **Karrierewechsel zwischen Wissenschaft, Beratung und Politik** möglich ist. **Annette Heuser**, die während der Amtszeiten von Barack Obama das Washington-Büro der Bertelsmann-Stiftung aufgebaut und geleitet hat, bezieht sich dabei auf das sogenannte „Revolving Door“-Prinzip, das insbesondere in den USA gängige Praxis ist.

Die Drehtür steht für die Rotation vieler Politiker und Wissenschaftler zwischen aktiver Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Dieser Wechsel liefert den Spezialisten Erfahrungswissen in unterschiedlichen Systemen. Das **deutsche System sei leider undurchlässiger**, sagt Annette Heuser. Es herrsche gerade in der deutschen Wissenschaft immer noch die Sorge vor, die eigene Glaubwürdigkeit durch Beratungsaktivitäten zu gefährden, erzählt Heuser. „Im Unterschied zu den USA wird in Deutschland der Wert solcher Karrierewechsel weniger anerkannt.“

Fehlende Krisenmechanismen

Die engmaschigere Vernetzung zwischen Beratung und Politik kann auch im Krisenfall von Nutzen sein, sagt Heuser. So sei es in den USA üblich, **Testläufe durchzuführen**, in welchen sich größere Thinktanks gemeinsam mit dem US-Innen- und Verteidigungsministerium auf potenzielle Krisenszenarien vorbereiten, beispielsweise Angriffe auf die kritische Infrastruktur. Solche „**Trockenübungen**“ hält Heuser in Zeiten von Klimakrise und Ukrainekrieg auch in Deutschland für eine gute Idee.

Trotz der intensiveren Vernetzung auf der informellen Ebene fehlt aber auch in den USA ein formalisierter Mechanismus, der Ad-hoc-Beratung in Krisensituationen vorbereitet und Auswahlkriterien für Beraterrollen transparent macht. Roger Pielke merkt hierzu kritisch an: „Während der gesamten Zeit der Pandemie, sowohl unter Trump als auch unter Biden, gab es **kein hochrangiges Beratungsgremium zu Covid**. Für mich ist das ein massives institutionelles Versagen.“ Hier könnte vielleicht die Scientific Advisory Group for Emergencies (Sage) aus Großbritannien ein Vorbild sein – sowohl für Deutschland als auch für die USA. *Martin Renz*

Ein ausführliches Interview mit Roger Pielke zu seinem Honest-Broker-Konzept und der wissenschaftlichen Politikberatung in den USA finden Sie [hier](#).

Weitere Informationen:

[National Academies of the Sciences, Engineering, and Medicine \(NASEM\)](#)

[Office of Science and Technology Policy \(OSTP\)](#)

Politikberatung in Großbritannien: Die Chief Scientific Advisers und Sage

In Großbritannien verspricht der Notfallmechanismus Sage Übersichtlichkeit und Transparenz in der wissenschaftlichen Politikberatung. Der starke Zentralismus erschwert allerdings den Vergleich. Teil 6 unserer Serie „Politikberatung, quo vadis?“

In Großbritannien ist die wissenschaftliche Politikberatung traditionell **stärker zentralisiert und formalisiert** als in Deutschland. Besonders relevant ist die Rolle des **Government Chief Scientific Advisers** (GCSA), der das Government Office for Science (GO-Science) leitet und direkt in die Auswahl der ressortspezifischen Chief Scientific Advisers (CSAs) involviert ist. Anders als der wissenschaftliche Chefberater in den USA ist der GCSA deutlich stärker in Regierungsentscheidungen eingebunden.

Sage: übersichtlich, transparent, klare Rollenverteilung

Der GCSA ist normalerweise auch Vorsitzender der Scientific Advisory Group for Emergencies (Sage). Sie verkörpert einen Beratungsmechanismus, den die britische Regierung in Notfällen aktivieren kann, um zügig relevante Expertise zu sammeln und auf deren Grundlage zu entscheiden. Sage erlangte während der Corona-Pandemie große Bekanntheit und gilt spätestens seitdem als wichtiges **Praxisbeispiel** in Debatten um wissenschaftliche Politikberatung.

Tanja Sinozic-Martinez, Expertin für wissenschaftliche Politikberatung an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, lobt insbesondere die **Übersichtlichkeit und Transparenz**, die ein formalisiertes Verfahren wie Sage garantiert. „Die Kommunikations- und Dokumentationsprozesse zwischen der Regierung, GO-Science, Sage und den Sage-Untergruppen sind von vorneherein festgelegt. Die Auswahl von Expertinnen und Experten ist dadurch weniger ad hoc und somit strukturierter als in Deutschland.“

20

In der Pandemie gab es dennoch Kritik an der Expertenauswahl

Sinozic-Martinez weist jedoch auch darauf hin, dass bereits zu Beginn der Pandemie **Kritik an der Expertenauswahl bei Sage** geübt wurde. Inzwischen sei erkannt worden, dass der Fokus stark auf epidemiologischen und statistischen Modellierungsansätzen lag. Ökonomische oder soziale Faktoren, wie etwa die **erhöhte Sterblichkeitsrate ärmerer Menschen**, seien dagegen weitestgehend unberücksichtigt geblieben.

Auch Roger Pielke Jr. erklärt im Interview mit Table.Media, dass es bei Sage an Expertise gemangelt habe, die **Public Health-Erwägungen und wirtschaftliche Expertise** miteinander integriert. Sage sei mit Covid zu lange so umgegangen wie in der Vergangenheit mit Grippeepidemien. In Großbritannien reißt die **Kritik auch nach der Pandemie** nicht ab. Was Hospitalisierungen, Todesraten und wirtschaftliche Schäden angeht, schneidet das Vereinigte Königreich nämlich vergleichsweise schlecht ab.

Besonders aufsehenerregend ist die inzwischen auch durch mehrere **Studien** belegte Aussage des Ex-Chefberaters des ehemaligen Premiers Boris Johnson, Dominic Cummings, **dass durch schnellere Maßnahmen Zehntausende Tote hätten verhindert werden können**. Diese Verfehlungen werden nun auch im Rahmen einer Public Inquiry eingehender untersucht.

Britischer Einheitsstaat erschwert Vergleiche

Aber nicht nur aufgrund dieser Schwierigkeiten könne das britische System kaum als Vorbild für Deutschland gelten, erläutert **Reiner Grundmann**, Professor für Science and Technology Studies an der University of Nottingham. Auch auf institutioneller und politikkultureller Ebene seien die beiden Länder zu verschieden.

Großbritannien sei ein Einheitsstaat oder „unitary state“, welcher es der Regierung einfacher mache, in sehr vielen Belangen stärker durchzugreifen als die Bundesregierung im föderalen Deutschland. Chief Scientific Advisers oder ein formalisierter Notfallmechanismus wie Sage sind **Ausdruck einer Zentralisierung von Macht in der Exekutive**. Das wiederum sei in Deutschland nicht erwünscht, betont Grundmann.

In Großbritannien existiert außerdem eine grundlegend andere politische Kultur. Das britische System sei weniger auf Kompromisse ausgelegt und lege Wert auf die **wissenschaftliche Legitimierung politischer Entscheidungen**. In Deutschland gehe es hingegen mehr um das Ausräumen gesellschaftlicher Interessen, die insbesondere auf Bund- und Länderebene repräsentiert werden.

Begrenzte Unabhängigkeit der britischen Wissenschaftsberatung

Grundmann stellt in Großbritannien außerdem eine **starke Abhängigkeit der Beratung von der Politik fest**. Oft seien beispielsweise Sage-Berater Staatsbedienstete und letztlich weisungsgebunden. Sie versuchen auszuloten, was politisch erwünscht ist. Das wiederum erkläre das folgenreiche Zögern einiger Experten beim Anraten von Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie.

Dahinter liege aber, erklärt Grundmann weiter, ein generelles Missverständnis über das Verhältnis von Politik und Wissenschaft in Notfallsituationen. „Politiker sammeln nicht Informationen, bis sie einen rationalen Weg aus der Krise kennen. Es verhält sich genau andersherum: **In der Politik weiß man schon in etwa, welche Optionen man hat und sucht dann Rechtfertigungen.**“

Pluralismus versus lernendes System

Das stelle auch generell den Zentralismus des britischen Politikberatungssystems infrage. Das deutsche, föderale System biete da Vorteile, sagt Grundmann. Es sei zwar **unübersichtlicher**, mache aber auch unterschiedliche Stimmen in der Politik einschließlich ihrer Beratungsgremien voneinander **unabhängiger**. Der Pluralismus befördere Lernfähigkeit.

Dagegen sagt Sinozic-Martinez: „Weil es in Großbritannien überhaupt irgendein erkennbares System gibt, das man kritisieren kann, gibt es auch etwas, das man verbessern kann.“ In Deutschland fehle hingegen ein **lernendes, klar strukturiertes System**. *Martin Renz*

Das Interview mit Roger Pielke über sein Honest-Broker-Konzept finden Sie [hier](#).

Weitere Informationen:

[Government Office for Science](#)

[Scientific Advisory Group for Emergencies](#)

[UK Covid Public Inquiry](#)

Ein digitales Repositorium für Politikberatungsdokumente

Für Gutachten und andere Papiere aus der wissenschaftlichen Politikberatung gibt es keine zentrale Sammelstelle. Das soll sich mit dem Projekt Repod ändern. Es macht Wissen und Empfehlungen recherchierbar und achtet auf die Qualität. Teil 7 unserer Serie „Politikberatung, quo vadis?“.

So unübersichtlich wie die Zahl und Zuständigkeiten der [Akteure der wissenschaftlichen Politikberatung](#) sind auch ihre Produkte: Schriftstücke, die für politische Entscheidungsträger oder Verwaltungsmitarbeitende erstellt werden. Wer aktuell zum Beispiel nach Expertise zum Thema Wasserstoff sucht, wird auf diversen Websites fündig – vom Sachverständigenrat für Umweltfragen über Leopoldina und Acatech bis zu Agora Energiewende und dem Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft.

Bei anderen gesellschaftlich relevanten Themen, bei denen politische Entscheidungen anstehen, ist die Lage ähnlich. „**Insgesamt fehlt es an Überblick über Beratungsdokumente.** Das macht die Suche danach mühsam und zeitaufwendig. Sie sind nicht gezielt recherchierbar“, sagt die Politikwissenschaftlerin **Nataliia Sokolovska**, die am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG) in Berlin das Forschungsprogramm Wissen und Gesellschaft leitet.

Das Repod-Projekt wird vom BMBF gefördert

In einem **Konsortium mit drei Leibniz-Instituten** (Medienforschung/HBI, Raumbezogene Sozialforschung/IRS und Wirtschaftsforschung/RWI) und **geleitet vom ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft** arbeitet sie daran mit, die Situation zu verbessern. Die Forscherinnen und Forscher bauen das **Repositorium für wissenschaftliche Politik- und Gesellschaftsberatung**, kurz [Repod](#), auf. Das im Februar mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gestartete Projekt will bis Ende 2023 eine Informations- und Beratungsinfrastruktur für Politik und Gesellschaft schaffen, die den Wissenstransfer aus der Forschung deutlich einfacher macht. Vorgesehen ist, Repod dauerhaft am ZBW anzusiedeln und weiterzuentwickeln, das auf forschungsbasierte Informationsstruktur für die Wirtschaftswissenschaften spezialisiert ist.

Leitlinien für die Qualitätssicherung

Das Repod-Team macht sich nicht nur an die technische Umsetzung, sondern untersucht auch die Entstehungsprozesse, Qualitätskriterien und Nutzungsbedingungen von Beratungsdokumenten. „Letztlich geht es darum, die **Kommunikation zwischen Forschung, Politik und Verwaltung zu optimieren**“, sagt Sokolovska. Ihr Forschungsthema in dem Projekt sind die Qualitätsrichtlinien und -anforderungen. Dafür hat sie zusammen mit Kollegen Vertreter aller zukünftigen Nutzergruppen interviewt – also Forschende aus Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie Mitarbeiter aus Ministerien, Beratungseinrichtungen und der öffentlichen Verwaltung. Diese Gespräche dienten dazu, die Erwartungen an solch eine Infrastruktur zu erfassen sowie Qualitätsanforderungen zu formulieren, auf deren Basis die Dokumente in Zukunft ins Repositorium eingestellt werden. Das Ziel: „Wir erarbeiten **zentrale Leitlinien für die Qualitätssicherung.**“

Auch wenn die Daten noch nicht final analysiert sind, zeichnen sich bereits wichtige **Qualitätsaspekte für Beratungsdokumente** ab:

- **Methodensauberkeit:** Die verwendeten Methoden sollten offengelegt und beschrieben werden. Auf diese Weise können auch Studien aufgenommen werden, die nicht peer-reviewed sind.
- **Evidenzbasierung:** Erwartet werden beispielsweise Angaben zum Stand der Forschungsarbeiten, auf dem die Beratung basiert, ob es sich um eine begutachtete und veröffentlichte Studie handelt sowie zum Status des Projekts.
- **Anwendbarkeit:** Das Dokument muss sich auf ein konkretes Problem auf der politischen Agenda beziehen.
- **Zeitliche Relevanz:** Das Dokument muss zu einem Zeitpunkt veröffentlicht werden, zu dem es noch in die Entscheidungen mit einfließen kann.
- **Transparenz:** Unsicherheiten müssen kommuniziert werden; Finanzierungsquellen und die Autoren sowie ihre institutionelle Anbindung sollten offengelegt werden.

Das Repoditorium soll nicht nur Akteuren in Politik und Verwaltung besseren Überblick über Beratungsdokumente verschaffen. Auch für Journalisten könnte es hilfreich sein, dadurch Experten und Expertisen zu bestimmten Themen zu finden. „Ein großer Vorteil ist, dass Repod die **Perspektivenvielfalt** stärkt“, sagt Sokolovska. Der derzeit fehlende Überblick über alle Forschungsteams, die Expertise zu bestimmten Themen produzieren, begünstige Voreingenommenheit und Instrumentalisierung.

24

Allumfassend kann Repod jedoch nicht sein, denn Dokumente sind nur ein Teil der Kommunikation zwischen Forschenden und politischen Entscheidungsträgern. „Zum einen werden vermutlich nicht alle relevanten Ergebnisse in solchen Beratungsdokumenten veröffentlicht. Zum anderen spielt in der wissenschaftlichen Politikberatung auch der **persönliche Kontakt** eine große Rolle“, sagt Sokolovska.

In Zukunft könnten auch Meta-Analysen möglich sein

Wie viele Dokumente mit Berichten, Gutachten, Empfehlungen, Positionspapiere, Impulse, Risikoanalysen und Guidelines in der ersten Stufe bei Repod abzurufen sein werden, ist derzeit noch unklar. Nataliia Sokolovska hofft, dass es eines Tages so viele sein werden, dass auch Meta-Studien möglich sind. „Man könnte zu bestimmten Themen dann **untersuchen, wie sich die Expertise im Verlauf der Zeit entwickelt hat.**“

Falls die Repod-Idee sich bewährt, könnte sie auch für andere Länder beispielgebend sein. „Wir haben uns im Vorfeld intensiv umgesehen, aber so gut wie keine Best-Practice-Beispiele gefunden“, sagt die HIIG-Forscherin. In einer Reihe von Ländern gibt es Initiativen, die innovative Formate und Ressourcen für wissenschaftliche Politikberatung entwickeln. „Dahinter steht aber keine Infrastruktur, wie wir sie aufbauen.“

K4P: Eine ähnliche Plattform auf EU-Ebene

Auf EU-Ebene gibt es die Plattform [Knowledge4Policy](#) (K4P). Sie verwaltet und veröffentlicht wissenschaftliche Erkenntnisse, die für die Politik relevant sind. Anders als bei Repod findet jedoch eine Art Aufbereitung mit dem gleichen Ziel statt: Das Wissen wird in einer Form zusammengefasst, die politische Entscheidungsträger verstehen und nutzen können. Zurzeit tragen 20 Dienste, die **Knowledge Services**, unter Leitung des **Joint Research Centre** Wissen zu bestimmten Themen bei, etwa zum European Green Deal oder zur Digitalisierung. *Anne Brüning*

Politikberatung: Experten gesucht

Wer sitzt im Corona-Expertenrat? Und wer in den Arbeitsgruppen der Akademien? Die Experten-Auswahl ist eine wichtige und viel diskutierte Frage in der wissenschaftlichen Politikberatung. Denn sie kann zu Verzerrungen oder blinden Flecken in den Ergebnissen führen.

Grundsätzlich kommen **verschiedene Kriterien** infrage, um Expertinnen und Experten zu identifizieren. Neben der **wissenschaftlichen Exzellenz** und der entsprechenden fachlichen Passung, spielen die **Eignung und das Interesse für Politikberatung** und Kommunikation eine Rolle. Dazu gehört auch, dass jemand fähig und willens ist, über die enge, eigene Expertise hinaus Handlungsoptionen zu formulieren. Und natürlich sind potenzielle **Interessenkonflikte** ein wichtiges Thema. Darüber hinaus können bei der Zusammensetzung von Arbeitsgruppen und Beiräten Faktoren wie Geschlecht, Alter oder Herkunft eine Rolle spielen.

Die Auswahl in der Praxis

In der Praxis sind die Kriterien für die Auswahl von Experten in Politikberatungsprozessen selten klar definiert. Meist ist auch die Gewichtung nicht geregelt. Auswahlprozesse und die Kompetenzen der Gremien hingegen sind oft schriftlich niedergelegt.

Bei der **Leopoldina** können neben den Mitgliedern der Akademie auch andere Wissenschaftler zu den Arbeitsgruppen hinzugezogen werden. Dabei achte „das Präsidium darauf, dass die Arbeitsgruppen interdisziplinär, thematisch ausgewogen und mit fachlicher Expertise ausgestattet sind“, lässt die Akademie wissen. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler würden aufgrund langjähriger Erfahrung um Expertise und Einschätzung zu gesellschaftlich relevanten Fragestellungen ihres Fachgebiets gebeten. Woran die fachliche Expertise festgemacht ist, wird nicht klar. Immerhin: Beim Zuwahlprozess, der in der **Wahlordnung** geregelt ist, sollen fünf bis zehn Publikationen angegeben werden, die in den verschiedenen Stufen des Wahlprozesses eine Rolle spielen.

Keine klaren Kriterien für Expertise

Acatech bezeichnet sich als „Arbeitsakademie“, in der zugewählte Mitglieder automatisch **Themennetzwerken** zugeordnet werden. Im Zuwahlprozess ist nicht nur die fachliche Exzellenz ausschlaggebend, sondern auch die konkrete Entwicklung von Technologien durch das potenzielle Mitglied. Die Themennetzwerke bilden laut einem Sprecher die „Expertise-Basis“ für die Projekte. Dort werden neben den Mitgliedern der Akademie noch weitere Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft eingebunden. **Projekte und Projektgruppen** werden vom Präsidium beschlossen. Auch hier ist die fachliche Expertise wichtig; Kriterien dafür sind aber nicht näher benannt. Die Ergebnisse, acatech Position genannt, werden ähnlich wie bei der Leopoldina **einem Reviewprozess unterzogen**.

Expertenbeiräte gewinnen an Bedeutung

Neben den unabhängigen Akademien werden von der Politik eingesetzte **Expertenbeiräte** immer wichtiger. Der **Corona-Expertenrat** setzte sich laut eines Regierungssprechers „aus Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen unterschiedlicher Disziplinen zusammen“. In das

Gremium seien Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler berufen worden, die zuvor bereits in der wissenschaftlichen Bewertung der Pandemie aktiv waren und ihr Wissen sowie ihre **Erfahrungen in der Pandemiebewältigung öffentlich geteilt** haben.

Das **Wirtschafts- und Klimaministerium** nennt auf Anfrage „wissenschaftliche Exzellenz, Interesse an und Erfahrung in wirtschaftspolitischer Beratung/Debatte, fachliche Spezialisierung, die im Beirat zur Abdeckung der thematischen Breite benötigt wird“ als Kriterien bei der Berufung in den **wissenschaftlichen Beirat**. Die Bewertung, ob ein Mitglied diese Kriterien erfüllt, liegt beim Beirat selbst.

Der Rechtswissenschaftler **Stefan Huster** regte [im Gespräch mit Table.Media](#) eine Formalisierung der Auswahl von Forschenden für derartige Gremien an. Er beklagte einen „**Wildwuchs**“ bei der Zusammensetzung. Sein Eindruck sei, dass in den Ministerien zu oft [„nach Gefühl und Wellenschlag“](#) vorgegangen werde. Sein Vorschlag: Expertenauswahl in Zusammenarbeit mit den Fachgesellschaften.

Dissens zur Gutachterwahl bei Kernkraftwerken

Immerhin, beim **TAB** (Büro für Technikfolgenabschätzung beim Bundestag) erfährt man etwas mehr über die Auswahl der Experten. Quantifizierbare Kriterien für die wissenschaftliche Exzellenz gibt es aber auch hier nicht. Das TAB schreibt zur Vorbereitung für die Erstellung seiner Expertisen Aufträge für Gutachten aus. Der dann folgenden Vergabeempfehlung des TAB kann, muss aber die Berichterstatterrunde im Forschungsausschuss nicht folgen. In der Regel gibt es hier einen Konsens, sagt **Arnold Sauter**, stellvertretender Leiter des TAB. Nur einmal, als es um Kernkraftwerke der 4. Generation gehen sollte, kam am Ende kein Projekt zustande, weil man sich nicht einigen konnte, wer den Zuschlag für ein Gutachten bekommen sollte.

27

Empfehlungssysteme bergen Risiken

Das Hauptkriterium „wissenschaftliche Exzellenz“ wird also oft nicht nachvollziehbar erfasst. Es lässt sich in vielen Disziplinen vermutlich nur schwerlich messen. **Volker Stollorz** vom Science Media Center Germany kritisiert jedoch, dass oftmals nicht einmal der Versuch unternommen werde, bei diesem Kriterium sauber zu arbeiten. Es gebe in den Natur- und Lebenswissenschaften beispielsweise viele gute Fachdatenbanken, über die sich feststellen ließe, ob jemand auch aktuell noch zu einem Thema publiziert und wie gut diese Publikationen und von wem zitiert werden. In manchen Disziplinen **funktioniere dieses Reputationssystem nicht oder nicht mehr gut**. Dann spielten häufig generelle Bekanntheit oder persönliche Beziehungen, die beispielsweise über Gremien zustande kommen, eine wichtigere Rolle. Aber: **Wissenschaftler, die viel in politiknahen Gremien sitzen, publizieren oft nicht mehr** und sind dann nicht womöglich mehr so dicht dran am aktuellen Erkenntnisfortschritt ihres Faches.

Ein Titel reicht nicht

Stollorz warnt auch davor, an einem Titel oder der bloßen Zugehörigkeit zu einer wissenschaftlichen Einrichtung Expertise festzumachen. Im [Web of Science](#) seien allein zwischen 1970 und 2018 fast **50 Millionen Publikationen** gespeichert, über **60 Prozent davon wurden weniger als zehnmal zitiert**. Viele sogenannte Experten seien also nicht unbedingt geeignet, zum aktuellen Erkenntnisfortschritt ihres Faches zu beraten.

Doch wie erkennt man nun Expertise? Dafür brauche es letztlich eine große fachliche Kompetenz bei den Auswählenden selbst. Das sagt Stollorz auch den Politikern und Beratungsinstitutionen, die das SMC zu diesem Thema konsultieren. Derzeit scheint dieses Kompetenz-Bewusstsein noch zu fehlen – sowohl bei den Politikern selbst als auch bei den die Politik beratenden Institutionen. *Markus Weisskopf*

Politikberatung mit Partizipation: Ist Co-Production überfällig oder utopisch?



Der Politikwissenschaftler Andreas Knie leitet am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB) die Forschungsgruppe „Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung“.

Für moderne wissenschaftliche Politikberatung ist die Interaktion mit gesellschaftlichen Akteuren wichtig. Diese frühzeitig einzubeziehen, könnte die Qualität und den Impact von Forschung erhöhen, sagt der Berliner Politologe Andreas Knie. Dann würde sich jedoch auch die Reputationsordnung ändern. Teil 9 unserer Serie „Politikberatung, quo vadis?“

29

Die Idee, dass Akteure, die nicht ausschließlich der Academia angehören, gemeinsam Wissen erarbeiten, existiert unter dem Begriff „Co-Production of Knowledge“ bereits seit mehr als 20 Jahren. Die österreichische Soziologin und Wissenschaftsforscherin [Helga Novotny](#) hat sie in Spiel gebracht. Ihr ging es darum, **Expertise zu demokratisieren und die Qualitätskontrolle von Wissen nicht allein der Wissenschaft zu überlassen.**

„Das ist auch für die Politikberatung ein guter Ansatz“, sagt der Politikwissenschaftler **Andreas Knie** vom Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB). Ihn überzeugt Novotnys Argumentation, wonach Wissen nur dann sozial robust ist, wenn es in der Realität stimmt. „Wissenschaft macht ihre Annahmen stets unter Modell- oder Idealbedingungen“, sagt er. Endgültige Wahrheiten oder „den einen richtigen Weg“ könne sie nicht aufzeigen. „Wenn Politik, Wissenschaft und gesellschaftliche Akteure gemeinsam an großen gesellschaftlichen Fragen arbeiten, bietet das den **Vorteil der doppelten Validierung**“, sagt er. Denn wissenschaftliche Ergebnisse würden einerseits in der Forschung, andererseits auch in der Praxis geprüft. Gegebenenfalls wird nachjustiert.

Die Vorteile: Akzeptanz und Verbindlichkeit

Die Themen für **wissenschaftliche Politikberatung als Co-Production** können von der Politik gesetzt werden, aber auch eine Initiative aus der Wissenschaft oder Zivilgesellschaft sein. Knie: „Was dann folgt, ist kein geordneter Prozess, sondern ein planloses, ergebnisoffenes und wechselweises Vorgehen. Je intensiver es abläuft, desto fruchtbarer ist die Arbeit.“

Diese Vorteile der Methode nennt er:

- **Geschützter Austausch:** In der Regel erfolgt die Co-Production in Reallaboren oder Modellprojekten in einer informellen Atmosphäre. Knie: „Das schafft gegenseitiges Vertrauen und ist wichtig, damit auch vorläufige Ergebnisse oder Erkenntnisse geteilt werden können. Erst wenn alle gemeinsam der Meinung sind, dass sie mit ihren Ergebnissen an die Öffentlichkeit wollen, geschieht das.“
- **Es entstehen praxiserprobte Empfehlungen:** Durch die Rückkopplung aus realen Situationen in der Entwicklungsphase verringert sich die Chance zu scheitern oder größere Nachbesserungen vornehmen zu müssen.
- **Breitere Akzeptanz und Verbindlichkeit** der Ergebnisse durch Einbeziehung der Zivilgesellschaft von Beginn an.

Knie hat als Leiter der WZB-Forschungsgruppe „Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung“ bereits einige Co-Produktion-Projekte verwirklicht. „Wir haben mit dieser Methode das **aktuelle Carsharing- und das Elektromobilitätsgesetz erarbeitet** und an Änderungen des Personenbeförderungsgesetzes mitgewirkt.“ Auch bei der Umnutzung von KFZ-Stellflächen im Berliner Graefekiez arbeite sein Team gemeinsam mit dem Bezirksamt an einem neuen Planwerk.

Die **Idee der Co-Production lasse sich auf viele Felder, Fächer und Fragestellungen anwenden**, sagt er. In der Praxis ist diese partizipative Form der wissenschaftlichen Politikberatung jedoch die Ausnahme. Viele hielten sie auch für utopisch.

30

Caspar Hirschi kritisiert Fokussierung auf Produkt

Den Historiker **Caspar Hirschi** von der Universität St. Gallen/Schweiz stört daran eher die „ökonomistische“ Betrachtung. „Das Konzept der Co-Production ist wie jenes der Co-Creation von der **Innovationsrhetorik der Managementforschung** geprägt“, sagt er. Dahinter stehe die Idee, dass neue Produkte bei Kunden größere Nachfrage und Akzeptanz finden, wenn sie von diesen mitgestaltet werden. „Es wird also ein Begriff von der Wirtschaft auf die Demokratie übertragen. Das finde ich recht heikel.“

Es bleibe unklar, wer in welcher Rolle und mit welchen Kompetenzen Beratung leistet, kritisiert Hirschi, der unter anderem über die Rollen des Kritikers, Experten und Intellektuellen forscht. Ein Problem dabei sei die Fixierung auf ein „Produkt“. Hirschi: „In meinem Verständnis sind Expertise im Allgemeinen und Politikberatung im Besonderen keine Produktionsprozesse im wirtschaftlichen Sinn, sondern vielmehr ein zentraler Teil von politischen Aushandlungsprozessen, die letztlich **auf die öffentliche Legitimation der Demokratie ausgerichtet** sind.“

Radikale Veränderung der Bewertung von Wissenschaft

Co-Production habe nichts gemein mit wirtschaftlichem Tun, sondern diene der Wissens- und Erkenntnisverbesserung, betont Andreas Knie. Dass die Wissenschaft lieber an der **hierarchischen Politikberatung** festhält, erklärt er vor allem mit den Beharrungskräften des Systems. „Der Ansatz der Co-Production würde die Reputationsordnung radikal verändern. Er

würde sich auf die Bewertung der Qualität von Wissenschaft, auf Karrierewege und auf die Ressourcenzuteilung auswirken.“

Denn bei dieser Form der Erarbeitung von Wissen würden die Ergebnisse auch extern bewertet. „Bislang entscheidet die Wissenschaft ausschließlich selbst, was gute Wissenschaft ist.“ Dieses **Bewertungsmonopol** gewähre die Gesellschaft im Vertrauen darauf, dass nützliche Erkenntnisse erzielt werden. Knie sieht die Zeit gekommen, diesen ungeschriebenen gesellschaftlichen Vertrag zu hinterfragen. „**Die Selbstreferenzialität ist zu hoch im deutschen akademischen System.** Andere Übersetzungen und Interaktionen sind erforderlich.“

International ist die Impact-Debatte bereits in Gang

Seine Forderung: „Wir müssen uns mit unseren Ergebnissen systematischer als bisher in einen anderen Referenzbereich begeben: **Extended Review statt Peer Review.**“ Es gelte zu überprüfen, ob das, „was wir uns intern gegenseitig als Wahrheit in die Bücher schreiben, auch extern so funktioniert“. Er ist froh, dass hierzulande allmählich die Debatte darüber in Gang kommt, beispielsweise auch bei [Projekten](#) der Volkswagenstiftung. Denn **auch international werde vermehrt über Wirksamkeitsmessung und Evaluation diskutiert.** Knie: „In den USA und England ist man in dieser Hinsicht schon viel weiter. Dort müssen Forschende laufend Wirksamkeitsnachweise liefern und es wird zum Beispiel nachverfolgt, wo die Absolventen hingehen.“

Vor allem die deutsche Wissenschaft habe zunehmend ein **Impact-Problem**, sagt der Politologe. „Die **Anwendbarkeit von Wissenschaft** muss in den Vordergrund rücken.“ Und dafür sei die Politik gefragt, die bisher nur kulissenhaft auf Impact und Wirksamkeit achte, während faktisch weiter nach klassischen Kriterien gearbeitet werde. Knie: „Die Wissenschaftspolitik muss sich verstärkt damit befassen, wie sich der Impact der Wissenschaft erhöht, wie man die Co-Production etabliert und auch in die Reputationsordnung hineinbringt. Das kann sie vor allem dadurch bewirken, dass sie finanzielle Anreize schafft.“ *Anne Brüning*

Helge Braun: „Politik hat die Aufgabe, sich nach vertrauenswürdigen Institutionen zu richten“



Helge Braun ist Arzt und CDU-Politiker. Er war von 2018 bis 2021 Chef des Bundeskanzleramts. Seit Ende 2021 ist er Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Bundestag.

Für Teil 10 unserer Serie „Politikberatung, quo vadis?“ haben wir mit dem ehemaligen Kanzleramtschef Helge Braun gesprochen. Er hat im dritten Kabinett von Angela Merkel das Land durch die Pandemie dirigiert. Sein Verbesserungsvorschlag: Aufgaben und Strukturen klar benennen.

Als Mediziner und Politiker kennt der CDU-Bundestagsabgeordnete Helge Braun beide Seiten der wissenschaftlichen Politikberatung. Im Kanzleramt war er zu Beginn der Coronavirus-Pandemie im Zentrum des Geschehens. Sein Fazit aus dieser Zeit: **„Die Pandemie hat gezeigt, dass klar sein muss, wer legitimiert ist, für die Wissenschaft zu sprechen.“** Vor allem grundlegende und einschneidende Entscheidungen müssten evidenzbasiert sein und es dürfe „nicht der Eindruck entstehen, dass Politik sich die Meinung aussucht, die am besten passt“.

Braun betont: **„Politik hat die Aufgabe, sich nach vertrauenswürdigen Institutionen zu richten und nicht nach Einzelmeinungen, die es in der Wissenschaft auch gibt.“** Beispiele für vertrauenswürdige Institutionen seien „in erster Linie die Wissenschaftsakademien, Fachgesellschaften und die Ressortforschungseinrichtungen“. Im gesamten politischen Diskurs müsse klar sein, dass „diese legitimierten Stimmen der Wissenschaft auch entsprechend dargestellt werden müssen“.

„Medien sollten nicht jedes Sondervotum gleichwertig darstellen“

In dieser Hinsicht sieht Braun Nachholbedarf, auch aufseiten der Medien. „In Talkshows stehen häufig die Meinungen von zwei Wissenschaftlern nebeneinander, ohne dass das eingeordnet ist. Den Zuschauern ist oft nicht klar, dass der eine zum Beispiel für eine Fachgesellschaft spricht und der andere ein Minderheitsvotum äußert.“ **Medien müssten die Ergebnisse von Konsensprozessen gewichten und sollten nicht jedes Sondervotum gleichwertig darstellen,**

findet er. „Das überfordert die Bürger, lässt sie ratlos zurück und untergräbt das Vertrauen in Wissenschaft.“

Braun sieht bei den Beratungsstrukturen keinen grundlegenden Reformbedarf. **„Das Fundament der wissenschaftlichen Politikberatung ist in Ordnung in Deutschland.** Die Institutionen sind vorhanden.“ Allerdings sei zum Beispiel die **wichtige Rolle der Leopoldina** als Nationalakademie vielen Leuten noch **nicht so bewusst.** „Sie wird als ein Diskurspartner von vielen betrachtet.“ In anderen Ländern, etwa in Großbritannien, sei die gesellschaftliche Beratungsfunktion der Wissenschaftsakademien seit Jahrhunderten etabliert.

Die Bundesregierung bräuchte ein Regelwerk für die Politikberatung

Braun plädiert dafür, die Rolle der legitimierten Institutionen durch „klar benannte Strukturen und Aufgaben“ zu stärken. **„Einrichtungen wie die Wissenschaftsakademien müssten sagen, was sie können und wo es Limitationen gibt, etwa mit Blick auf Geschwindigkeit bei akuten Krisen oder auf Detailtiefe.“** Zusätzlich spricht er sich dafür aus, die politikberatende Funktion von **Fachgesellschaften** zu stärken. Und für Einrichtungen wie das Robert-Koch-Institut oder das Umweltbundesamt gilt aus seiner Sicht: „In der **Ressortforschung** muss hoheitliche Aufgabe und damit Weisungsgebundenheit klar von wissenschaftlicher Expertise und damit Handeln in Wissenschaftsfreiheit getrennt werden.“

Um die Beratungsstrukturen klarer zu gestalten, solle sich die Bundesregierung ein Regelwerk geben. **„Zum Beispiel sollte es Qualitätsstandards für die Evaluation von Maßnahmen und Gesetzen geben.** Momentan ist das ist ein methodisches Sammelsurium.“ Wichtig findet er es darüber hinaus, **Standards zu definieren für Expertengremien, -kommissionen und -räte.** „Bisher wird bei jedem einzelnen Gremium neu überlegt, wie man es zusammensetzen könnte.“ Dadurch entstehe leicht der Verdacht, dass schon bei der Zusammensetzung Interessen oder erhoffte Ergebnisse eine Rolle spielen. **„Ein klares Regelwerk und Standards könnten das Vertrauen darauf stärken, dass der Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Politik berücksichtigt wird.“**

33

Transparent machen, wenn Politik vom wissenschaftlichen Rat abweicht

Von der Wissenschaft wünscht er sich weniger Zurückhaltung. „Manche Wissenschaftler haben regelrecht Angst, in eine politische Positionierung gezwungen zu werden. Deshalb versuchen sie, mit ihrer Erkenntnis möglichst weit weg von der praktischen Ableitung zu bleiben.“ Das nennt Braun „schwierig“. **Es sei wichtig zu sagen, was „legitime Ableitungen aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen“ sind.** Und Forschende müssten auch klar benennen, was man „so gar nicht“ daraus ableiten kann. „Denn in Zeiten von Fake News oder alternativen Wahrheiten gibt es unglaublich viele Umdeutungsversuche.“

Handlungsempfehlungen für die Politik auszusprechen, sieht Braun nicht als Aufgabe der Wissenschaft. „Politik kann sehr viel von der Wissenschaft profitieren, ohne dass die Wissenschaft gleich sagt, was im Gesetz stehen muss.“

An die Politik richtet er den Appell, **Wissenschaft nicht zu instrumentalisieren** und zu akzeptieren, „wenn Wissenschaft von den Grenzen des Möglichen spricht“. Es sei wichtig, „sauber zu trennen“, was Erkenntnis und was Ableitung ist. „Politische Entscheidungen und wissenschaftliche Erkenntnisse sind zwei Dinge, die aufeinander aufbauen. Aber das ist kein

Eintopf.“ Wichtig und redlich wäre es aus Brauns Sicht, transparent zu machen, wenn Politik vom wissenschaftlichen Rat abweicht. „In dieser Hinsicht ist mehr Zumutung und Ehrlichkeit notwendig.“ *Anne Brüning*

Das komplette Gespräch mit Helge Braun lesen Sie [hier](#).

Anhang

Caspar Hirschi: „Die wissenschaftliche Politikberatung hat an Renommee gewonnen“



Caspar Hirschi ist Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen/Schweiz. Er forscht unter anderem über die Rollen des Kritikers, Experten und Intellektuellen seit der Aufklärung.

35

Lange Zeit galt Politikberatung eher als Betätigungsfeld für Wissenschaftler, die nicht mehr wussten, was sie in der Forschung Gutes leisten konnten, sagt der Schweizer Historiker Caspar Hirschi. Durch die Krisenkaskaden hat sich das Image jedoch verbessert. Und es gibt erste Weiterbildungsangebote.

Herr Hirschi, als Historiker befassen Sie sich unter anderem mit den Rollen der Kritiker, Experten und Intellektuellen. Von der Schweiz aus beobachten Sie schon länger die wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland. Wie ist Ihr Gesamteindruck: Ist alles wohl geordnet?

Das Feld der wissenschaftlichen Politikberatung ist in vielen Ländern unübersichtlich, in Deutschland aber besonders. Es gibt eine enorme Vielfalt an Beratungsgremien und Beratungsstrukturen. Zusätzlich verkomplizierend wirkt der Föderalismus, mit einem exklusiven Beratungssystem für den Bund und einer Vielzahl für die Länder. Dadurch existiert eine heftige Beratungskonkurrenz innerhalb des Wissenschaftssystems, das seinerseits mit all seinen Gemeinschaften, Gesellschaften, Akademien und Universitäten äußerst pluralistisch aufgestellt ist. Eine weitere Besonderheit: In Deutschland sind die Ressortforschungseinrichtungen des Bundes vergleichsweise stark; sie genießen einen privilegierten Zugang zu den Ministerien, sind dafür aber weniger unabhängig. Darüber hinaus gibt es viele private Beratungsinstitute und Thinktanks, bei denen die Grenze von der Beratung zum Lobbyismus fließend ist. Kurz: Viele erfahrene Experten sagen selbst, dass ihnen der Durchblick fehlt.

Politikberatung in Deutschland ist besonders unübersichtlich

In der Pandemie kamen sogar noch einige Ad-hoc-Gremien dazu, etwa der Corona-Expertenrat.

Dadurch wurde noch unklarer, welches Gremium welche Zuständigkeiten hat. Seltsam war auch, dass zum Teil dieselben Leute in den verschiedenen Gremien saßen und selbst nicht wussten, warum es neben dem RKI und der Leopoldina auch noch einen Corona-Expertenrat brauchte. Da stellt sich schon die Frage, ob die Bundesregierung primär an guter Beratung interessiert war oder an der medialen Inszenierung einer wissenschaftlich angeleiteten Politik. Diese Unübersichtlichkeit ist wirklich spezifisch für Deutschland. In Großbritannien zum Beispiel sind die Strukturen mit der Scientific Advisory Group for Emergencies, kurz: Sage, einfacher. Sage ist unabhängig, aber eng an die Politik angeschlossen und folgt in einer akuten Krise vordefinierten Verfahren zur Identifikation und Rekrutierung führender Forscher. Das System ist aber stark zugeschnitten auf die Westminster-Demokratie.

Sie haben für den Schweizerischen Wissenschaftsrat eine Expertise über Wissenschaftliche Politikberatung in Krisenzeiten mit erarbeitet. Was könnte sich Deutschland da abschauen?

Eines vorweg: Die Schweiz war auch kein Musterknabe der Pandemiebewältigung, und es gab wiederholt Konflikte zwischen Wissenschaft und Politik. Erstaunlich war aber, dass so gut wie keine Beratungskonkurrenz entstand, obwohl das maßgebliche Gremium, die Covid-19 Science Taskforce, zu Beginn der Pandemie ad hoc eingerichtet wurde. Das war wesentlich dem Umstand zu verdanken, dass sich das gesamte Wissenschaftssystem der Schweiz offiziell hinter die Science Taskforce stellte und die Politik ihr Beratungsmonopol akzeptierte. Für Deutschland noch aufschlussreicher dürfte aber sein, dass die Science Taskforce viel multidisziplinärer besetzt war als die deutschen Expertengremien und dadurch weniger zu einseitigen Stellungnahmen neigte. Das beste Beispiel sind die Schulen: Weil neben der Virologie und Epidemiologie auch die Bildungsforschung und Psychologie vertreten waren, forderte die Science Task Force nie Schulschließungen, mit dem Ergebnis, dass die Schulen mit Ausnahme des ersten Lockdowns immer offen blieben. Heute wird dies von allen Beteiligten als beste Entscheidung der Pandemie betrachtet. Was ich am Schweizer Vorgehen keinesfalls weiterempfehlen würde, ist der ausgeprägte „Ad-hoc-Ismus“, der sich zuletzt auch in der Bankenkrise gezeigt hat: Man lässt alle Vorbereitungsmaßnahmen links liegen und improvisiert drauflos. Die Schweiz hat so in der Pandemie mehr als ein halbes Jahr verloren, bis die neuen Beratungsstrukturen griffen.

36

Auf Verfahren für das Vorgehen in Krisen einigen

Wie kann man die Zuständigkeiten regeln? Sollte jedes Gremium seine Leitlinien und Statuten haben?

Es wäre schon viel gewonnen, wenn man sich auf Verfahren einigen kann, mit denen man zu Beginn einer akuten Krise Expertengremien einsetzt. Daran arbeiten wir im Moment in der Schweiz. Wenn die Zuständigkeiten und Abläufe unterschiedlicher Gremien einigermaßen geregelt sind, ist man viel schneller in einem operativen Modus.

Würden Sie Deutschland raten, einen Chief Scientific Advisor zu etablieren, wie es ihn in den USA und Großbritannien gibt?

Das Modell wäre schwer auf Deutschland übertragbar. Denn in die Bundesverwaltung ist vor allem durch die Ressortforschung schon sehr viel wissenschaftliche Expertise integriert. Es

würde womöglich die Beratungskonkurrenz nur verstärken, wenn ein Chief Scientific Advisor in akuten Krisen zusätzliche Expertise von außen einbindet.

Die Wissenschaft sollte keine Empfehlungen aussprechen

Welche Verbesserungsmöglichkeiten sehen Sie dann?

Für mich steht die Sprache im Zentrum, also wie man aus einem wissenschaftlichen Beratungsgremium heraus kommuniziert und wie die Politik kommunikativ damit umgeht. Wichtig ist das vor allem in Situationen, in denen starke Wertekonflikte bestehen. Denn dann ist die Gefahr von Polarisierung besonders groß. Aus wissenschaftlicher und demokratischer Sicht ist es sinnvoll, dass die Wissenschaft keine Empfehlungen ausspricht. Denn sobald sie der Politik sagt, was sie tun soll, steht sie nicht mehr auf wissenschaftlichem, sondern auf normativem und politischem Boden. Besser ist es, unterschiedliche Szenarien zu entwickeln oder Optionen darzustellen, die aus wissenschaftlicher Sicht vertretbar sind, und die jeweiligen Vor- und Nachteile auf möglichst fundierter wissenschaftlicher Grundlage aufzuzeigen. Diese von der Wissenschaft aufgezeigten Handlungsmöglichkeiten müssen dann politisch diskutiert werden.

Was ist der Vorteil?

Bei einer solchen Vorgehensweise kann die Politik sich nicht mehr damit herausreden, doch nur den Rat der Wissenschaft zu befolgen. Stattdessen muss sie begründen, warum sie sich für Option eins und nicht für Option drei entscheidet oder umgekehrt. Für die demokratische Diskussion ist diese klare Kompetenzverteilung wichtig. Wenn sowohl Regierungen und Parlamente als auch die Wissenschaft es schaffen, die Kommunikation stärker in diese Richtung zu verschieben, dann wäre vermutlich auch eine populistische Infragestellung wissenschaftlicher Politikberatung weniger virulent.

Haben Wissenschaftler überhaupt Interesse daran, Politikberatung zu leisten? Schließlich ist das fast immer ehrenamtlich und zusätzlich.

Die Krisenkaskaden haben immerhin eines bewirkt: Die wissenschaftliche Politikberatung hat an Renommee gewonnen. Lange Zeit galt sie eher als Betätigungsfeld für Leute, die nicht mehr wussten, was sie in der Forschung Gutes leisten konnten. Dabei sind die Aufgaben sehr anspruchsvoll und spezifisch: Man muss unterschiedliche Befunde aus verschiedenen Fachdisziplinen integrieren können, man muss Texte verfassen, die für die Politik verständlich und relevant sind und vieles mehr. Bisher haben das alle Beteiligten nur gelernt, indem sie ins kalte Wasser gesprungen sind. Es gibt keine Ausbildungsgänge in Expertise. Das ändert sich nun zum Glück. Erste Weiterbildungsangebote für Forschende in wissenschaftlicher Politikberatung werden aufgebaut.

Erste Weiterbildungsangebote für Politikberatung

Wo zum Beispiel?

In der Schweiz nimmt das sogenannte Franxini-Projekt eine Pionierrolle ein, und mittlerweile engagiert sich auch die ETH Zürich mit ihrem Science-Policy-Interface stark in diesem Bereich. Da kommen Interessierte aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik zusammen und bilden sich gegenseitig weiter. Eine gute Initiative ging auch vom deutschen Wissenschaftsrat aus. Er hat im Sommer 2022 eine Tagung organisiert, zu der alle Ressortforschungseinrichtungen des Bundes

eingeladen waren – zusammen mit ihren Vorgesetzten in den Ministerien. Es war das erste Mal, dass alle diese Institute miteinander ins Gespräch kamen und verstehen konnten, wie unterschiedlich die Dinge bei ihnen ablaufen und wie komplex das Feld ist. Das war ein wertvoller Austausch.

Wird sich die Rolle der wissenschaftlichen Experten wandeln? Sehen Sie angesichts großer Krisen wie dem Klimawandel mehr Einmischung und Aktivismus kommen, vielleicht auch „Wissenschaftskleber“?

Grundsätzlich ist es kein Problem, wenn jemand Mittel des öffentlichen Protestes oder des zivilen Ungehorsams wählt. Das ist Teil der Demokratiegeschichte. Aber Forschende müssen sich entscheiden. Wenn sie das Vertrauen haben, dass Parlamente und Regierungen am ehesten fähig sind, eine effektive Klimapolitik umzusetzen, sollten sie in die Politikberatung gehen. Dann sollten sie sich aber nicht gleichzeitig auf die Straße kleben. Das eine schließt das andere aus. Denn wenn man sich auf die Straße klebt, bringt man ein fundamentales Misstrauen in die demokratischen Institutionen zum Ausdruck, den Herausforderungen der Zeit gerecht zu werden.

Wir wollten den ersten Teil der Serie zur wissenschaftlichen Politikberatung eigentlich mit einer großen Grafik bebildern, die die Institutionen in Deutschland zeigt. Eine Art Organigramm. Doch es gibt keine genauen Listen oder Zahlen. Wir mussten das Vorhaben aufgeben.

Das erstaunt mich gar nicht, denn es entspricht der Wahrnehmung der involvierten Personen. Wenn selbst diese die Beratungslandschaft nicht mehr überblicken, kommt es zum besagten Ad-hoc-Ismus: Man greift zum Telefon, ruft die Leute an, die einem als Erstes in den Sinn kommen, und improvisiert einen Rat oder eine Taskforce zusammen. So sollte es nicht sein, denn an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik werden wichtige Weichen gestellt. Die US-amerikanische Wissenschaftsforscherin Sheila Jasanoff hat schon 1990 von der fünften Gewalt im Staat gesprochen. Und sie hat zugleich festgestellt: Es ist der am wenigsten durchschaute Bereich der modernen Politik. Es ist höchste Zeit, dass sich das ändert.

Interview: Anne Brüning

Politikberatung, quo vadis? Die Statements aus der Wissenschaft

Im Gespräch mit Table.Media haben Veronika Grimm, Christine Falk, Stefan Huster und Dirk Brockmann nicht nur den jetzigen Zustand kritisiert, sondern auch Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung aufgezeigt. Hier dokumentieren wir die kompletten Statements.

Für die Serie „Politikberatung, quo vadis?“ haben wir Forschende aus verschiedenen Disziplinen über ihre Erfahrungen als Berater gefragt. Wir wollten auch wissen, wie sich das Metier weiterentwickeln könnte. Die Kurzfassung lesen Sie hier. Das sind die ausführlichen Antworten:



Veronika Grimm, Wirtschaftswissenschaftlerin, Universität Erlangen-Nürnberg, ist seit 2020 Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Darüber hinaus ist sie in weiteren Gremien vertreten, etwa im Nationalen Wasserstoffrat der Bundesregierung und in der Expertenkommission zum Monitoringprozess „Energie der Zukunft“ am Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.

Unabhängige Beratung und Auftragsstudien werden oft vermischt

„Die Szene der wissenschaftsbasierten Politikberatung ist sehr **heterogen**. Auf der einen Seite gibt es unabhängige Gremien und Forscherinnen und Forscher, die von einer Professur aus beraten. Auf der anderen Seite gibt es immer wieder Auftragsstudien, die für **politische Fragestellungen** oder Bedarfe gezielt Argumente suchen und anbieten. Bei Studien für Verbände ist das besonders offensichtlich. Die verschiedenen Arten der Beiträge werden in der öffentlichen Wahrnehmung leider sehr oft vermischt. Dabei ist es schon wichtig, auf die Quelle zu schauen.

Wissenschaftliche Studien werden häufig selektiv genutzt, um gezielt Argumente für Lösungen zu finden, die aus Sicht der Politik oder aus Sicht von Interessengruppen kurzfristig attraktiv sind. Idealerweise sollte die wissenschaftliche Politikberatung dazu beitragen, auch längerfristige, nachhaltige Perspektiven in den Fokus zu rücken – und dabei auch die (immer existenten) Spannungsfelder bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen aufzeigen.“

Erklären, dass es die einfachen Lösungen nicht gibt

„Für die wissenschaftliche Politikberatung ist es eine **entscheidende Herausforderung**, den einfachen Parolen und Scheinlösungen etwas entgegenzustellen, mit denen insbesondere die extremen Parteien winken. Es gilt, ähnlich kompakt belastbare **Alternativen** darzustellen. Das ist nicht einfach, denn die Welt ist eben nicht trivial. Wir leben in einer globalisierten Welt mit gegenseitigen Abhängigkeiten und mit Migrationsbewegungen. Sich abzuschotten, funktioniert nicht. Anderen unsere Werte aufzwingen funktioniert nicht – denn die potenziellen Partner haben Alternativen. Dass es all diese einfachen Lösungen eigentlich nicht gibt, ist den Leuten sehr schwer zu erklären. Gleichzeitig wird es in **Krisenzeiten** immer reizvoller, die einfachen Lösungen anzubieten. Für Politiker, um gewählt zu werden und für Wissenschaftler, um besonders viel Aufmerksamkeit zu bekommen.“

Vielfalt birgt die Gefahr, den Überblick zu verlieren

„Die **Vielfalt** in der wissenschaftlichen Politikberatung ist grundsätzlich zu begrüßen, aber sie führt auch zu Herausforderungen. Wenn man lange und selektiv genug sucht, findet man für alles eine wissenschaftliche Begründung. Und es besteht die **Gefahr, dass Politiker und Öffentlichkeit** den Überblick verlieren und keine Richtung mehr raushören.“

Ein Scientific Advisor in der Regierung würde nach außen das Regierungshandeln erklären

„Mehr wissenschaftliche **Expertise in der Regierung** zu haben, ist immer gut. Aber es löst das Problem nicht. Denn die Wissenschaftler dort sind Teil der Regierung und erklären nach Außen natürlich das Regierungshandeln.“

40

Weniger Gremien, die aber gut ausstatten

„Um die **unabhängige Beratung** zu stärken, könnte es besser sein, eine überschaubare Zahl von Gremien zu haben, die aber sehr gut mit wissenschaftlichem Personal ausgestattet sind. Denn wenn es sehr viele Gremien mit wenig Personal gibt, dann gibt es auch eine Vielzahl **verschiedenster Standpunkte**, aber wenig Zeit und Ressourcen, um die Kompatibilität verschiedener Vorschläge zu eruieren. Die Frage ist aber, ob es überhaupt im Interesse der Politik ist, sich starke, **unabhängige Gremien** zu zur Seite zu stellen. Das könnte dem einen oder anderen Politiker nicht passen. Denn dann würde es schwieriger, gefällige Themen zu platzieren, ohne damit aufzufliegen. Wer hingegen mehr **Spielräume** haben möchte, nachhaltige Politik zu gestalten, findet das tendenziell gut – denn es schafft ihm Spielräume.“

Die Wirtschaftsweisen zählen zu den gut ausgestatteten Gremien

„Die Wirtschaftsweisen mit einem **wissenschaftlichen Stab** von etwa 15 Mitarbeitern sind ein Beispiel für ein gut ausgestattetes Gremium. Viele andere Gremien haben nur drei oder vier Mitarbeiter in der Stabsstelle, das ist eigentlich zu wenig.“



Christine Falk, Biologin, ist Direktorin des Instituts für Transplantationsimmunologie an der Medizinischen Hochschule Hannover. Sie war Mitglied des Corona-ExpertInnenrats der Bundesregierung, der Ende 2021 eingerichtet und im April 2023 aufgelöst wurde. Und sie ist Mitglied des Long-COVID-Expertenrats des Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur.

Die vorhandenen Strukturen besser verknüpfen

„Die wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland ist **nicht gut strukturiert**. In der Corona-Pandemie lief sie häufig **parallel**, was den Eindruck der Beliebigkeit erweckte. Für die Öffentlichkeit war es schwer nachzuvollziehen, welche Runden es gab, wie sie besetzt waren und wie die Auswahl erfolgte. Für die Bewältigung künftiger **akuter Herausforderungen** wäre der Aufbau eines Krisenstabs wünschenswert, der zum Beispiel die Experten/Innenauswahl und inhaltlichen Schwerpunkte koordiniert. Dafür brauchen wir gar keine neuen Strukturen. Das sorgt eher für Verwirrung. Dann fragt sich nur wieder jeder ‚Was machen die nochmal genau?‘. Wir sollten die vorhandenen **Strukturen** einfach besser verknüpfen.

Wir haben zum Beispiel sehr **gute Fachgesellschaften** mit hoher Expertise in diesem Land. Man könnte an der Stelle auch die Verknüpfung in die Politik verstärken. Denkbar wäre eine Kommunikationsstruktur, die einen direkten Draht zu den Fachgesellschaften hat. Zum Beispiel könnten – thematisch sortiert – die Präsidentinnen und Präsidenten der Fachgesellschaften **direkt und permanent in Kontakt** mit dem Bundeskanzleramt stehen und in Krisen zum Beispiel Untergruppen bilden, die dann im Schneeballeffekt die Expertise sondieren und rekrutieren. Vor allem in Krisen muss man die **relevanten Expertinnen und Experten** gleich zusammentrommeln und dabei einigermaßen transparent und formalisiert vorgehen. Zum Umgang mit gesundheitlichen Krisen hat sich etwa mein Kollege Joachim Schultze vom Deutschen Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE) und der Universität Bonn dazu konkrete Gedanken gemacht. Er schlägt vor, einen [Voluntary Crisis Research Service](#) zu etablieren.“

Die Aufträge der Expertengremien auf den Prüfstand stellen

„Es gibt so viele Beiräte, Expertengremien und sonstige **Gruppierungen**, gerade in den Bundesländern. Es wäre hilfreich, auch hier **besser zu strukturieren**. Dazu sollte man in einem ersten Schritt herausfinden, wie die Gremien zustande gekommen sind, welchen Auftrag sie haben – und versuchen, das Ergebnis zusammen mit den Universitäten, auch dem Netzwerk

Universitätsmedizin (NUM) und Fachgesellschaften kommunizieren, ggf. kritisch diskutieren und abgleichen.“

Mehr Respekt für die ehrenamtliche Tätigkeit

„Politikberatung in Deutschland ist **vorwiegend ehrenamtlich** und wir leisten das auch gerne als Universitätsmitglieder. Aber wir würden uns schon wünschen, dass man das wahrnimmt und respektiert. Wir haben alle noch einen Job, in dem wir nicht selten 60 bis 80 Stunden pro Woche arbeiten. Deshalb kann man die **Ressourcen nicht beliebig ausdehnen**. Im Corona-ExpertInnenrat wären auch wissenschaftliche Mitarbeiter/Innen hilfreich gewesen, wie das z.B. an RKI und STIKO üblich ist. Wir haben selbst recherchiert, geschrieben, und anfangs auch selbst formatiert. Das Bundeskanzleramt hat Unterstützung für die Organisation der Video- und Präsenz-Meetings und die Protokolle zur Verfügung gestellt. Auf Dauer ist die Arbeit unter solchen Bedingungen nicht zu leisten.“

Unbedingt auf Interdisziplinarität und Kommunikation achten

„In Zukunft würde ich **Beratungsgremien** dann nicht mehr beitreten, wenn sie fachlich zu eng zugeschnitten sind. Sondern mit Nachdruck darauf drängen, dass auch die **Soziologie und die Gesellschaftswissenschaften** vertreten sind und Kommunikation in die Bevölkerung immer mitgedacht wird. Das gilt für die Bewältigung der Pandemie, ist aber auch in der Klima- und anderen Krisen wichtig.“

Eine Ad-hoc-Ausbildung wäre gut

„In der Politikberatung springt derzeit jede/r ins **kalte Wasser**. So etwas wie eine Ad-hoc-Ausbildung für diese Tätigkeit und für die Kommunikation mit Politik und Gesellschaft anzubieten, wäre eine gute Idee.“

Die Wissenschaftler schützen, die sich in die Öffentlichkeit wagen

„Es wichtig, dass die **Institutionen** die Leute schützen, die sich in die Politikberatung und in die Öffentlichkeit trauen. Es hat ein hohes Risikopotenzial in die Schusslinie derjenigen zu geraten, die diese Demokratie sowieso nicht mehr unterstützen. Sowohl die Politik als auch die **Hochschulen** sollten sich so klar vor die Wissenschaftler stellen, wie die Allianz für Wissenschaft das getan hat. Damit hilft man nicht nur den handelnden Personen, sondern stärkt auch das Vertrauen in die Institutionen, das gerade in Krisenzeiten so wichtig ist.“



Stefan Huster lehrt öffentliches Recht, Sozial- und Gesundheitsrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Bochum und ist dort Direktor des Instituts für Sozial- und Gesundheitsrecht. Huster ist seit 2018 Mitglied der Leopoldina und war Vorsitzender des Sachverständigenausschusses zur Evaluation des Infektionsschutzrechts, der Ende Juni 2022 seinen Bericht über die Wirkung der Pandemiemaßnahmen präsentiert hat.

Die Auswahl von Experten erfolgt nach Gefühl und Wellenschlag

„Bei der Art und Weise der Zusammensetzung der Beratungsgremien herrscht überall **ziemlicher Wildwuchs**. Das muss auf jeden Fall verbessert werden. Beim **Sachverständigenausschuss** zur Evaluation des Infektionsschutzrechts zum Beispiel war dieser Prozess absolut dilettantisch. Unser Gremium wurde zur Hälfte von der Regierung benannt und zur Hälfte vom Bundestag, der nach Fraktionsproporz vorging. Die fachliche Mischung wurde nicht koordiniert, was zu einer **absurden Zusammensetzung** geführt hat: Unter den 18 Mitgliedern waren sechs Juristen, aber kein einziger klassischer Epidemiologe.

Mein Eindruck ist, dass auch sonst in den Ministerien bei der Auswahl der Experten zu oft nach **Gefühl und Wellenschlag** vorgegangen wird. Das hat in der Pandemie insgesamt zu einem medizinisch-virologischen Tunnelblick geführt. Zu überlegen wäre eine Formalisierung der Auswahl. Vielleicht kann man die einschlägigen Fachgesellschaften einschalten und um Vorschläge bitten. Zu bedenken ist allerdings: Es gibt äußerst schlaue, **wissenschaftlich exzellent ausgewiesene Kollegen**, die aber für Politikberatung total ungeeignet sind. Manche sind nicht pragmatisch genug oder sozial nicht kompatibel. Andere halten den ganzen Betrieb auf, weil sie kluge Fensterreden halten. Eignung und Motivation spielen also auch eine Rolle. Und dieser Aspekt ist schwer zu formalisieren. Ein sinnvoller **erster Schritt sind Expertenlisten**, die die meisten Institutionen mittlerweile führen.“

Mammutaufgaben mit minimalen Ressourcen

„Die Arbeitsaufträge müssen **klar formuliert** sein. Außerdem macht es einen Unterschied, ob Schubladenwissen abgefragt wird zu einem Thema oder aufwändige Recherchen erforderlich sind. Der Ausschuss zur Bewertung der Pandemiemaßnahmen hatte eine Mammutaufgabe mit minimalen Ressourcen zu bewältigen. Wir hatten null wissenschaftliche Zuarbeit, es gab lediglich Unterstützung bei der Organisation. Im Nachhinein betrachtet hätten wir den Auftrag unter diesen Rahmenbedingungen vielleicht nicht annehmen sollen.“

Den Beratungsprozess transparent machen?

„Es gibt die Forderung, dass **Politikberatungsgremien** öffentlich tagen sollen. Das ist eine wichtige Frage, die man diskutieren sollte. Meine Haltung dazu: Politikberatung braucht einen geschützten Raum. Die Beratungen selbst müssen vertraulich sein. Die Inhalte sollten in einem Ergebnisprotokoll ruhig öffentlich gemacht werden.“



Dirk Brockmann, Komplexitätsforscher, ist Professor am Institut für Biologie der Humboldt-Universität Berlin und leitet dort die Arbeitsgruppe Research on Complex Systems. Außerdem arbeitet er als Wissenschaftler am Robert Koch-Institut und leitet die Projektgruppe Computational Epidemiology. Er war in der Corona-Pandemie in der Politikberatung tätig: als Mitglied der No-Covid-Gruppe, als Forscher am RKI und im direkten Austausch auch mit vielen Landespolitikern aufgrund seiner Mobilitätsanalysen, mit denen er direkt ermitteln konnte, ob zum Beispiel Ladenschließungen einen Effekt auf die Virusausbreitung hatten oder nicht.

44

Besser überprüfen, wer wirklich Experte ist

„An der **Politikberatung in Deutschland** muss sich viel ändern. Man verlässt sich viel zu sehr auf die 70-Jährigen, anstatt auch die exzellenten jungen Leute dafür zu gewinnen. Noch dazu ist man bei der Auswahl der Forschenden in Deutschland viel zu **titelaffin**. Es wird zu wenig differenziert, wer wirklicher Experte auf dem jeweils gefragten Gebiet ist. In Ländern, in denen es ein stärkeres Korrelat gibt, zwischen dem, was man leistet und dem, was man ist, passiert das weniger.“

In Deutschland werden **Professoren eher mal als Experten gelabelt**, obwohl sie gar **nicht mehr im Saft** stehen oder nie gut waren. Sowohl Medien als auch Politiker müssen sich mehr Mühe geben, zu überprüfen, ob jemand wirklich gut ist auf seinem Gebiet. Vor allem die **FDP** ist hervorragend darin, Leute für die wissenschaftliche Politikberatung auszusuchen, die eigentlich nichts können. Dabei ist das mit Suchmaschinen für wissenschaftliche Dokumente wie **Google Scholar** gar nicht so schwer.“

Naturwissenschaftliche Bildung wird auf guten US-Colleges besser vermittelt

„**Politiker in Deutschland** sind in der Regel viel zu sehr entfernt von wissenschaftlicher Denkweise. In den USA, wo ich lange gelebt habe, sind Leute, die in Führungspositionen landen, diejenigen, die gute Colleges besucht haben und typischerweise dort auf sehr hohem Niveau auch

eine naturwissenschaftliche Ausbildung genossen haben. Selbst wenn sie danach zur Law School gewechselt sind. Dieser **wissenschaftskulturelle Hintergrund** fehlt in Deutschland.

In der Politik sind **viele Juristen** tätig, die von Physik oder Biologie das letzte Mal in der neunten Klasse etwas gehört haben. Sie sind **stark entkoppelt von Wissenschaft**. Und das setzt sie unter Druck und erklärt aus meiner Sicht auch, dass gerade unter Juristen Wissenschaftsfeindlichkeit stark ausgeprägt ist. Sie lassen sich ungern von Leuten beraten, die mit einem ganz anderen Toolkit unterwegs ist. Das merkt man als Naturwissenschaftler in der Beratung von Politikern extrem. Und das lässt sich nur bedingt mit der richtigen Kommunikation und Ansprache ausgleichen. Da habe ich weitgehend resigniert.

Wenn Politiker nach einer Präsentation sagen „das ist ja nur ein Modell“ oder „man berufe sich ja „nur auf eine wissenschaftliche Analyse“, dann merkt man, dass das grundlegende Verständnis fehlt und man eigentlich aufhören kann. **Analysen und Modelle sind das Fundament**, auf dem alles stehen muss. Was sonst? Sollen wir uns nach dem Bauchgefühl richten?“

Interview: Anne Brüning

Roger Pielke: „Möglichkeiten für Dissens und Widerspruch institutionalisieren“



Roger Pielke Jr. analysiert im Interview mit Table.Media die Situation, in der sich die wissenschaftliche Politikberatung nach der Pandemie befindet. Er bemängelt fehlende Notfallmechanismen, zu wenig Möglichkeiten für inner-wissenschaftlichen Dissens. Pielke betont, dass bei Reformvorhaben institutionelle und polit-kulturelle Kontexte immer mitzubedenken sind.

46

Professor Pielke Jr., vor 16 Jahren, im Jahr 2007, haben Sie „The Honest Broker. Making Sense of Science in Policy and Politics“ veröffentlicht. Dieses Buch hatte einen großen Einfluss auf die wissenschaftliche Politikberatung, sowohl in der Theorie als auch in der Praxis. Was war Ihre Motivation, es zu schreiben?

In dem Buch geht es um eine der grundlegendsten Herausforderungen für eine funktionierende Demokratie. Einerseits brauchen wir sehr spezialisiertes und technisches Fachwissen, damit eine demokratische Gesellschaft läuft. Andererseits haben wir in der Demokratie die Vorstellung, dass jede mündige Person die Möglichkeit haben sollte, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Ziel des Buches war es, fünf verschiedene Arten der Interaktion zwischen Experten und Entscheidungsträgern zu beschreiben, vier sind essenziell, eine ist pathologisch.

Verschiedene Typen wissenschaftlicher Politikberatung

Der Erste ist der reine Wissenschaftler, der Pure Scientist.

Nicht dass es so etwas wirklich gibt, aber Personen, die dieses Ideal vertreten, möchten eigentlich mit der Politik nichts zu tun haben. Der reine Wissenschaftler will sich nicht in die Politik einmischen.

Kommt die zweite Form, der Wissenschafts-Schiedsrichter (Science Arbiter), schon eher vor?

Diese Struktur gibt es in so gut wie jedem Land. Man kennt sie aus beratenden Expertenausschüssen: Entscheidungsträger haben Fragen, Experten haben Fachwissen. Beratung ist dann einfach der Mechanismus, durch den politische Entscheidungsträger an Expertise gelangen. Beispiele für Fragen, mit denen sich ein Schiedsrichter-Typ wohlfühlt, sind: Wie viele Wale gibt es im Meer? Wie viele Fälle von Covid gibt es? Können Sie die Risiken und Vorteile eines Covid-Impfstoffs quantifizieren?

Wie ist es mit dem dritten Typ, dem Anwalt in bestimmten Angelegenheiten (Issue Advocate)?

Er lässt sich gut daran erkennen, dass er die Wahlmöglichkeiten nicht erweitern, sondern beschränken möchte. Normalerweise haben wir in der Auswahl von politischen Handlungsoptionen eine Reihe von Möglichkeiten. Die Anwälte möchten aber eine bestimmte Sache empfehlen und verlassen sich hierbei auf ihre wissenschaftliche Autorität. Das ist nicht unbedingt schlimm, schließlich sind auch Wissenschaftler Bürger und dürfen sich als solche einbringen. Es sollte aber allen Beteiligten klar sein, dass er als Anwalt in einer bestimmten Angelegenheit handelt und nicht als Schiedsrichter oder ehrenhafter Vermittler (Honest Brokering).

Was kennzeichnet den berühmten Honest Broker?

Beim Honest Brokering, dem vierten Typus, geht es nicht darum, Wahlmöglichkeiten einzuschränken, sondern es geht darum aufzuzeigen, welche Möglichkeiten es überhaupt gibt oder es wird versucht, neue Möglichkeiten aufzuzeigen. Ein Beispiel, das ich oft verwende, um das Konzept zu erklären sind Reise-Websites. Wenn Sie die Website der Deutschen Bahn aufrufen, wird Ihnen nicht gesagt, wohin Sie fahren sollen. Stattdessen heißt es: Hier können Sie hinfahren, hier sind verschiedene Zeiten und hier sind verschiedene Preise. Die Entscheidung liegt bei Ihnen. In ähnlicher Weise wird ein ‚Honest Broker‘ versuchen, alle Angebote zu präsentieren. Die Entscheidung und damit auch einen Großteil der Verantwortung überlässt er aber den Politikern.

Und welcher Typus ist der pathologische?

Die fünfte Kategorie, ich nenne sie die Verfechter der Heimlichkeit (Stealth Issue Advocate). In so einem Fall geben Experten nur vor, eine der oben genannten Rollen zu spielen, während sie in Wirklichkeit versuchen, eine eigene Agenda zu verfolgen.

Ein Paradebeispiel für den Honest Broker gibt es nicht

Gibt es einen mustergültigen Beispielfall, bei dem Sie sagen würden, dass sich das Konzept des Honest Brokers in der wissenschaftlichen Politikberatung durchgesetzt hat?

Es gibt eine Reihe von sehr technischen Ausschüssen, auf die ich verweisen könnte. Eines davon ist das EU Reference Laboratory for Alternatives to Animal Testing beim Joint Research Center der Europäischen Kommission. Dessen Aufgabe ist es, Alternativen zu Tierversuchen zu entwickeln. In den Vereinigten Staaten gibt es Gremien des Kongresses, das Government Accountability Office, früher gab es auch mal das Office of Technology Assessment. Letztendlich zeigt sich jedoch, dass Honest Brokering in der Praxis heutzutage nur schwer möglich ist. Aber ein einschlägiges Beispiel, das jeder kennt, gibt es so nicht.

Warum ist das so?

Zunächst einmal glaube ich, dass Amtsträger eine gewisse Unschärfe zwischen Beratung und Entscheidung oftmals gar nicht so schlecht finden. Nehmen Sie das folgende Szenario: Wenn ich Ihnen als Ihr Berater zum Beispiel drei Optionen, A, B oder C anbiete und Sie treten an die Öffentlichkeit und sagen: „Nun, wir können A, B, oder C machen, ich habe mich für Option B entschieden.“ Falls Option B sich als Katastrophe herausstellt, haben Sie als Entscheidungsträger ein Problem. Wenn Sie aber hingehen und sagen, dass Sie sich auf der Grundlage des Expertenrats für B entschieden haben und alles geht schief, dann können Sie sagen: „Der Experte ist schuld.“ Honest Brokering macht Amtsträger für ihre Entscheidungen verantwortlich. Das ist im Prinzip eine tolle Sache, kann aber natürlich einen Amtsträger politisch beschädigen. Hinzu kommt überraschenderweise, dass auch viele Experten gegen Honest Brokering sind. Experten sagen mir, wenn man den politischen Entscheidungsträgern die Wahl lässt, könnten sie die falsche Entscheidung treffen. Deshalb hätten sie die ethische Verpflichtung, sich für die von ihnen bevorzugte Alternative einzusetzen.

Wissenschaftliche Politikberatung nach der Pandemie

Sie nehmen gerade ein neues Forschungsprojekt mit dem Titel „The Escape Project: Evaluation of Science Advice in a Pandemic Emergency“ in Angriff, in dem Sie vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie die wissenschaftliche Politikberatung in vielen Ländern der Welt untersuchen. Was sind bisher die wichtigsten Ergebnisse?

Wir haben Forscher aus 20 verschiedenen Ländern gefragt, wie sie sich die wissenschaftliche Politikberatung vor der Pandemie vorgestellt hatten, wie sie dann tatsächlich funktionierte und wie sie verbessert werden könnte. Die Pandemie hat überall eine Menge Defizite in den wissenschaftlichen Beratungsmechanismen aufgedeckt. Drei Lehren sind aber besonders bemerkenswert. Die wichtigste Lektion war, dass wir unbedingte bessere Institutionen für die wissenschaftliche Politikberatung in Notsituationen entwickeln müssen. Die Pandemie hat gezeigt, dass sowohl nationale als auch multilaterale Organisationen wie die WHO auf so einen Krisenfall nicht zur Genüge vorbereitet waren. Zweitens war die formale Institutionalisierung, – wer tut was, wieso und wann, – nicht immer klar genug definiert. Es muss grundsätzlich zwischen Beratern und Entscheidungsträgern geklärt sein, welchen Zweck die Beratung verfolgt, zum Beispiel Schiedsrichter oder Honest Brokering zu sein. Eine dritte wichtige Lehre betrifft den Umgang mit Schattenberatung („Shadow Science Advice“). Damit meine ich Experten, die sich außerhalb der Regierung organisieren, beispielsweise die Gruppe „Independent SAGE“ in Großbritannien. Inoffizielle Beratung gibt es natürlich immer und sie kann für die Entscheidungsfindung sowohl hilfreich als auch schädlich sein. Grundsätzlich rate ich Experten, dass sie sich im Klaren darüber sein sollten, ob sie gerade offiziell beraten oder nicht. Wenn sie unsicher sind, ob es sich bei dem, was sie tun, um Schattenberatung handelt oder nicht, ist zumeist Zurückhaltung zu empfehlen.

Sie erwähnten den Mangel an institutionalisierten Notfallmechanismen. Das typische Beispiel ist SAGE im Vereinigten Königreich. Warum dauert es Ihrer Meinung nach in vielen Ländern so lange, bis diese Mechanismen etabliert sind?

Der entscheidende Punkt bei der Institutionalisierung von Notfallmechanismen für wissenschaftliche Politikberatung ist die Vielfalt der Notfälle, auf die wir uns vorbereiten könnten. Es besteht Ungewissheit darüber, was man brauchen wird und welche Themenbereiche

in welchem Fall von Relevanz sein können. SAGE ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Beispiel, weil es einen Mechanismus darstellt, der im Prinzip nahezu unabhängig von konkreten inhaltlichen Vorbestimmungen funktioniert. Im Nachhinein zeigten sich aber auch einige Defizite. Das Hauptproblem bestand darin, dass SAGE nicht ein ausreichend breites Spektrum an Fachwissen zu Rate zog. Weil SAGE Corona behandelte, wie es in der Vergangenheit mit Grippeepidemien umgegangen ist, versäumte es, wie viele andere Beratungsgremien auch, nicht nur Public Health, sondern auch wirtschaftliche Themen in die Beratungen miteinzubeziehen. Später stellte sich aber heraus, dass in vielen Ländern der politische Konflikt während der Pandemie zwischen Public Health und der Aufrechterhaltung der Wirtschaft bestand. Deshalb konnten letztlich kaum politische Handlungsoptionen entwickelt werden, die Public Health-Erwägungen und wirtschaftliches Fachwissen ineinander integrierten.

Glauben Sie, dass dieses Problem damit zu tun hat, dass die Öffentlichkeit von der Wissenschaft erwartet, dass sie mit einer Stimme spricht, während in der Wissenschaft natürlich immer auch divergierende Positionen vertreten werden?

Ja, das Problem der wissenschaftlichen Politikberatung besteht darin, dass eine Diversität an politischen Handlungsoptionen häufig nur durch eine Vielfalt an wissenschaftlichen Meinungen entwickelt werden kann. Aber wenn ich beispielsweise in einem Ausschuss über die Auswirkungen des Klimawandels auch die Möglichkeit einer Kritik an Klimawandexperten miteinbaue, dann flippen die Leute aus und versuchen, das zu verhindern. Es wäre aber bei vielen Diskussionen nötig, auch Möglichkeiten für Dissens und Widerspruch zu institutionalisieren. Zumal ich sowieso der Meinung bin, dass die Klimawissenschaft sehr solide ist und allen möglichen Kritiken standhalten kann. Anstatt also zu versuchen, Menschen mit einer skeptischen Meinung zum Schweigen zu bringen oder zu verunglimpfen, sollte man sie einbeziehen, mit ihnen reden und dadurch den Beratungsprozess legitimieren.

49

Wissenschaftliche Chefberater braucht es nicht immer

In Reformdebatten um die wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland wird manchmal erwogen, einen Posten ähnlich dem Government Chief Scientific Adviser im Vereinigten Königreich oder den Science Advisor of the President in den USA einzuführen. Halten Sie die Rolle eines wissenschaftlichen Chefberaters für wichtig, damit wissenschaftliche Politikberatung funktioniert?

Bezüglich der USA möchte ich eines vorab sagen: Während der gesamten Zeit der Pandemie, sowohl unter Trump als auch unter Biden, gab es kein einziges hochrangiges Beratungsgremium für Covid. Keines! Die USA sind ein riesiges Land mit allen wissenschaftlichen Ressourcen, die man sich nur wünschen kann, und es gibt kein hochrangiges Beratungsgremium der Regierung. Das ist für mich ein großes Versagen. Was die Idee eines Chief Scientist, Chief Scientific Officer oder eines Chief Science Advisor betrifft: das ist eine sehr britische und Commonwealth-basierte Idee. Sie bedient das Bild eines weisen Experten, der neben dem Premierminister steht und ihm Weisheit und Wahrheit ins Ohr flüstert.

Es ist also nicht mehr zeitgemäß?

Ich denke, dass diese Rolle im Kontext einer kontinentalen Mehrparteiendemokratie, in der die wissenschaftliche Politikberatung in der Regel auf ministerialer Ebene angesiedelt ist, einfach nicht funktioniert. Außerdem glaube ich, dass die Rolle des wissenschaftlichen Chefberaters

selbst in Commonwealth-Ländern wahrscheinlich überbewertet wird. Das Gleiche gilt auch für den Science Advisor to the President in den USA. Es ist keine schlechte Position, aber niemand sollte denken, dass er ein primärer oder auch nur sekundärer Berater des US-Präsidenten ist. Eine der Lehren, die ich in meinen Vorträgen über das „Escape Project“ ziehe, ist, dass wirklich jeder Ort anders ist, völlig anders. Deshalb lässt sich auch nicht die Idee des SAGE oder des Chief Scientific Adviser nach Berlin verpflanzen. So wird es nicht funktionieren. Dieser Aspekt der Kontextabhängigkeit ist mir sehr wichtig. Man muss sehr präzise und sehr spezifisch entscheiden, welche Rollen und Funktionen diese Beratungsinstitutionen wirklich haben.

Für den Nachwuchs: „Man kann nicht alles aus Büchern lernen“

Welchen Rat haben Sie für junge Akademiker, die sich in der wissenschaftlichen Politikberatung engagieren wollen?

Erstens sollte man sich Fachwissen über wissenschaftliche Politikberatung aneignen. Es gibt zwei relevante Bereiche. Das eine ist die „Science Technology Policy“ und das andere ist „Science and Technology Studies“. Auch wenn du Chemiker, Biologe oder was auch immer bist. Verschaffe dir ein gewisses Verständnis. Der zweite Punkt ist, sich in der realen Welt zurechtzufinden. Wenn es also die Möglichkeit gibt, in einem Ministerium, im Bundestag oder in einer Kommunalverwaltung zu arbeiten: Tu es! Schau wie es funktioniert, das kann man nicht nur aus Büchern lernen. Und schließlich: Falls du jemals in eine Autoritäts- oder Machtposition kommen, dann versuche es der nächsten Generation leichter zu machen, diese Art von Dingen zu können. Soweit ich das absehen kann, brauchen wir in absehbarer Zukunft nicht weniger, sondern mehr wissenschaftliche Politikberatung.

Roger Pielke, Jr. ist seit 2001 Professor an der University of Colorado Boulder, wo er über verschiedenste politische und verwaltungstechnische Themen in den Bereichen Wissenschaft, Technologie, Umwelt, Energie, Klima, Innovation und Sport lehrt und schreibt.

Interview: Martin Renz

Helge Braun: „Politik muss sich auf Wissenschaft einlassen. Sie darf sie nicht instrumentalisieren“



Helge Braun ist Arzt und CDU-Politiker. Er war von 2018 bis 2021 Chef des Bundeskanzleramts. Seit Ende 2021 ist er Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Bundestag.

Mit wissenschaftlicher Politikberatung hat der CDU-Politiker Helge Braun Erfahrung – und zwar in unterschiedlichen Funktionen. Im Gespräch mit Table.Media plädiert der ehemalige Kanzleramtschef dafür, die politikberatende Funktion von Fachgesellschaften zu stärken. Und die Bundesregierung sollte seiner Ansicht nach Standards für Expertengremien, -kommissionen und -räte definieren.

Seitdem die Ampelkoalition regiert, sitzt Helge Braun dem Haushaltsausschuss des Bundestags vor. Im zweiten Kabinett von Angela Merkel war der Mediziner Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung. In der darauffolgenden Legislaturperiode (2018 bis 2021) übernahm Braun den Posten des Kanzleramtschefs und war somit direkt in die Entscheidungen rund um die Pandemie involviert.

Herr Braun, als Kanzleramtschef haben Sie das Land durch die Pandemie dirigiert. In dieser Zeit war wissenschaftliche Politikberatung so gefragt und präsent wie nie zuvor. Welche strukturellen Schwächen kamen in dieser Zeit ans Licht?

Die Pandemie hat gezeigt, dass klar sein muss, wer legitimiert ist, für die Wissenschaft zu sprechen. Gerade wenn es um sehr grundlegende und einschneidende Entscheidungen geht, müssen diese evidenzbasiert sein und es darf nicht der Eindruck entstehen, dass Politik sich die Meinung aussucht, die am besten passt. Politik hat die Aufgabe, sich nach vertrauenswürdigen Institutionen zu richten und nicht nach Einzelmeinungen, die es in der Wissenschaft auch gibt.

Welche Institutionen meinen Sie?

Das sind in erster Linie die Wissenschaftsakademien, Fachgesellschaften und die Ressortforschungseinrichtungen. Es ist wichtig, dass sie gut aufgestellt sind. Sie müssen breit akzeptiert sein, in dieser legitimierten Rolle wahrgenommen werden und sich selbst auch darin

verstehen. Nicht nur Politik sollte auf solche Institutionen zurückgreifen, sondern es sollte im gesamten politischen Diskurs klar sein, dass diese legitimierten Stimmen der Wissenschaft auch entsprechend dargestellt werden müssen. Also auch in den Medien.

Spielen Sie auf TV-Talkrunden in der Pandemie an, in denen Team Vorsicht auf Team Freiheit traf?

In Talkshows stehen häufig die Meinungen von zwei Wissenschaftlern nebeneinander, ohne dass das eingeordnet ist. Den Zuschauern ist oft nicht klar, dass der eine zum Beispiel für eine Fachgesellschaft spricht und der andere ein Minderheitsvotum äußert. Solche Konstellationen haben in der Pandemie in der Bevölkerung für Verwirrung gesorgt. Ich sehe in dieser Hinsicht Nachholbedarf und auch einen Bildungsauftrag bei den Medien. Sie müssen die Ergebnisse von Konsensprozessen gewichten und sollten nicht jedes Sondervotum gleichwertig darstellen. Das überfordert die Bürger, lässt sie ratlos zurück und untergräbt das Vertrauen in Wissenschaft.

„Die Rolle der Leopoldina ist vielen Leuten noch nicht so bewusst“

Muss nicht zunächst die Politikberatungsszene reformiert werden? Die ist recht unübersichtlich hierzulande.

In dem Bereich der wissenschaftlichen Politikberatung, der von der Politik organisiert ist, finde ich es nicht schwer, den Überblick zu behalten. Unübersichtlicher wird es im Bereich der privaten und zivilgesellschaftlichen Institutionen. Die Zahl der Thinktanks etwa nimmt zurzeit stark zu. Grundlegenden Reformbedarf sehe ich aber nicht. Das Fundament der wissenschaftlichen Politikberatung ist in Ordnung in Deutschland. Die Institutionen sind vorhanden. Aber die wichtige Rolle der Leopoldina zum Beispiel als Nationalakademie ist vielen Leuten noch nicht so bewusst. Sie wird als ein Diskurspartner von vielen betrachtet. In anderen Ländern ist die gesellschaftliche Beratungsfunktion der Wissenschaftsakademien seit Jahrhunderten etabliert. In Großbritannien etwa hat das Wort der Royal Academy großes Gewicht. Aber so etwas ändert sich nicht von heute auf morgen.

52

Wie lässt sich die Rolle der legitimierten Institutionen stärken?

Durch klar benannte Strukturen und Aufgaben: Einrichtungen wie die Wissenschaftsakademien müssten sagen, was sie können und wo es Limitationen gibt, etwa mit Blick auf Geschwindigkeit bei akuten Krisen oder auf Detailtiefe. Zusätzlich wäre ich dafür, die politikberatende Funktion von Fachgesellschaften zu stärken. Sie bündeln die Expertise einer ganzen Fachrichtung. Es wäre gut, wenn sie nicht nur nach innen wirken, sondern wenn sie auch helfen, gesellschaftliche Fragen zu beantworten. In der Ressortforschung muss hoheitliche Aufgabe und damit Weisungsgebundenheit klar von wissenschaftlicher Expertise und damit Handeln in Wissenschaftsfreiheit getrennt werden.

Was sollte die Politik tun, um die Beratungsstrukturen klarer zu gestalten?

Die Bundesregierung sollte sich ein Regelwerk geben. Zum Beispiel sollte es Qualitätsstandards für die Evaluation von Maßnahmen und Gesetzen geben. Momentan ist das ein methodisches Sammelsurium. Wichtig wäre auch Standards zu definieren für Expertengremien, -kommissionen und -räte. Bisher wird bei jedem einzelnen Gremium neu überlegt, wie man es zusammensetzen könnte. Dadurch entsteht leicht der Verdacht, dass schon bei der Zusammensetzung Interessen oder erhoffte Ergebnisse eine Rolle spielen. Ein klares Regelwerk

und Standards könnten das Vertrauen darauf stärken, dass der Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Politik berücksichtigt wird.

Umdeutungen entschieden entgegnet

Sind die Erkenntnisse der Wissenschaft überhaupt gefragt in Politik und Gesellschaft?

Mein Eindruck ist, dass der Hunger in der Gesellschaft nach evidenzbasierten politischen Entscheidungen sehr groß ist. Viele der umfassenden Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind ja hinterlegt mit technischen Fragen – die gesamte Energiepolitik etwa oder der Bereich der autonomen Fahrzeuge. Aber auch um zu entscheiden, was wir uns gesellschaftlich zutrauen und wie wir in Zukunft leben wollen, ist die Stimme der Wissenschaft wichtig. Das Interesse an realistischen und logischen Ableitungen ist ganz gewiss da.

Was wünschen Sie sich von der Wissenschaft?

Weniger Zurückhaltung. Manche Wissenschaftler haben regelrecht Angst, in eine politische Positionierung gezwungen zu werden. Deshalb versuchen sie, mit ihrer Erkenntnis möglichst weit weg von der praktischen Ableitung zu bleiben. Das ist aus meiner Sicht schwierig. Denn wenn Wissenschaft die Dinge durchdrungen hat, muss sie sich mit auf dieses Feld wagen – auch um nicht fehl- oder uminterpretiert zu werden. Sie muss sagen, was sind legitime Ableitungen aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen. Und sie muss auch klar benennen, was man so gar nicht daraus ableiten kann. Denn in Zeiten von Fake News oder alternativen Wahrheiten gibt es unglaublich viele Umdeutungsversuche. Sie sind manchmal so simplifizierend, dass sie plötzlich noch logischer erscheinen als das, was eigentlich richtig ist. Diesen Umdeutungen müssen wir noch entschiedener entgegneten.

„Politik darf die Wissenschaft nicht instrumentalisieren“

Sollte die Wissenschaft Handlungsempfehlungen aussprechen?

Es ist gewiss nicht der Auftrag der Wissenschaft, die Politik arbeitslos zu machen. Bei gesellschaftspolitischen Entscheidungen bedeutet Politik häufig Interessen- oder Güterabwägung. Beim praktischen Klimaschutz zum Beispiel sollte die Wissenschaft sagen, welche Erfordernisse und technischen Möglichkeiten es gibt. Wirtschaftswissenschaftler könnten darlegen, welche Wege besonders kostengünstig und effizient sind. Auf diese Weise kann Wissenschaft sehr weitgehend Vorarbeiten leisten für die Politik. Wenn es aber am Ende darum geht, welche Änderungsgeschwindigkeit möglich oder welcher soziale Ausgleich nötig ist, sind das Fragen, die die Politik entscheiden muss. Kurz gesagt: Politik kann sehr viel von der Wissenschaft profitieren, ohne dass die Wissenschaft gleich sagt, was im Gesetz stehen muss.

Wo kann die Politik besser werden?

Die Politik muss sich auf die Wissenschaft einlassen. Sie darf sie nicht instrumentalisieren. Dazu gehört auch zu akzeptieren, wenn Wissenschaft von den Grenzen des Möglichen spricht. Es ist wichtig, sauber zu trennen, was Erkenntnis und was Ableitung ist. Politische Entscheidungen und wissenschaftliche Erkenntnisse sind zwei Dinge, die aufeinander aufbauen. Aber das ist kein Eintopf. Auch die argumentative Vereinfachung, die häufig in der Kommunikation vorgenommen wird, muss die Politik selber verantworten und kann dafür nicht die Wissenschaft vereinnahmen.

Wichtig und redlich wäre es auch, transparent zu machen, wenn Politik vom wissenschaftlichen Rat abweicht. Wenn man zum Beispiel in der Klimapolitik sagt, dass einem der von Ökonomen aufgezeigte kostengünstigste Weg, zu langsam ist und man deshalb einen anderen Weg einschlägt. In dieser Hinsicht sind mehr Zumutung und Ehrlichkeit notwendig.

Interview: Anne Brüning

Table.Media – for better informed decisions.

Sie können besser entscheiden, weil Sie besser informiert sind – das ist das Ziel von Table.Media. Wir möchten Ihnen mit jeder Table-Ausgabe, mit jeder Analyse und mit jedem Hintergrundstück einen Informationsvorsprung, am besten sogar einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Darum konzentrieren sich bei Table.Media große Teams erfahrener Fachjournalisten auf klar abgegrenzte Themenfelder – ganz gegen den Branchentrend, Redaktionen zu verkleinern und Fachgebiete aufzulösen.

Table Professional Briefings werden an den entscheidenden Stellen gelesen: In der Bundesregierung und der EU-Kommission, in Weltkonzernen und bei NGOs, an Universitäten und in Think-Tanks, bei Verbänden und in Botschaften – von den Entscheidern und den Experten, die Entscheidungen vorbereiten.

Unser Produktportfolio erstreckt sich mittlerweile über 11 Professional Briefings, zu denen Africa.Table, Agrifood.Table, Berlin.Table, Bildung.Table, China.Table, Climate.Table, ESG.Table, Europe.Table, Research.Table, Security.Table und 100Headlines.Table gehören. Verschaffen Sie sich gern einen Überblick zu [unserem Angebot](#).

Research.Table Professional Briefing

55

Research.Table richtet sich an die entscheidenden Köpfe in der Forschungsszene, die den Rahmen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung setzen und ausfüllen: in Parlamenten und Ministerien, Universitäten und Instituten, Unternehmen, Stiftungen, Think Tanks und Verbänden.

Der Deep Journalism-Ansatz von Table.Media verbindet die Qualität von Leitmedien mit der Tiefe von Expertenpublikationen und geht den entscheidenden Fragen nach: Welche Rahmenbedingungen befördern wissenschaftliche Exzellenz, was behindert sie? Welche Forschungsansätze können einen Beitrag zum Wohlstand leisten und Leben verbessern, welche Branchen verfolgen welche Forschungsstrategien? Wo setzen Geopolitik und Dual-Use Grenzen, welche internationalen Trends bewegen, den Forschungsstandort Deutschland, welche Persönlichkeiten prägen die Forschung?

Mit diesen Themen wendet sich Research.Table an die entscheidenden Köpfe in der Forschung. [Jetzt kostenlos kennenlernen.](#)

Wissenschaftsbasierte Politikberatung hat an Bedeutung gewonnen. Zugleich steht sie in der Kritik. Etablierte Beratungsgremien gelten in akuten Krisen als zu wenig agil. Einzelnen Wissenschaftlern wird vorgeworfen, entweder zu viel oder zu wenig Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Noch dazu sind die zahlreichen Gremien schwer zu überblicken. Es besteht also Verbesserungsbedarf. Research.Table beleuchtet das Themenfeld in einer Serie und erkundet, wie sich wissenschaftliche Politikberatung weiterentwickeln könnte. Die ersten zehn Teile der Serie sowie ergänzendes Material finden Sie in diesem Reader.

Die Professional Briefings von Table.Media informieren Entscheider in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft in der Qualität von Leitmedien mit der Tiefe von Fachinformationen. Die Redaktion verfügt über jahrelange Erfahrung bei führenden deutschsprachigen Medien. **Table.Media Professional Briefings - for better informed decisions.**

Wöchentliche Berichterstattung und News im **Research.Table Professional Briefing**. Kostenlos kennenlernen: www.table.media/research

